

1. Entwurf des Leitantrages an den 12. Landesparteitag der LINKEN Sachsen

Vorschlag für den Titel: „Strategie 2020 der LINKEN Sachsen – ein Handlungsrahmen“

Beschlüsse aus der Landesvorstandsklausur vom 12. bis 14. Juni 2015

- Beschlüsse:**
1. Der Landesvorstand übernimmt den Leitantrag und reicht ihn an den Landesparteitag zur Behandlung ein. Alle sprachlichen Änderungen können durch die WahlFabrik eingearbeitet werden.
 2. Es wird ausdrücklich darum gebeten, dass eine breite Debatte zum Antrag im Landesverband stattfindet und Änderungsanträge schriftlich eingereicht werden. (siehe B 4 – 287)

Begründung:

Mit dem Beschluss B 4 – 287 hat der Landesvorstand einen Fahrplan für die weitere Strategiedebatte beschlossen und die vier EinreicherInnen mit dem Verfassen des Leitantrages beauftragt. Als Grundlage des vorgelegten Papiers dienten, wie auch im Leitantrag ausgeführt, die zahlreichen Zuschriften zur Woche der Zukunft sowie der Strategiedebatte der LINKEN Sachsen - zu finden unter www.dielinke-sachsen.de/strategiedebatte. Auch die vielen Debatten auf Regionalkonferenzen und in Gremien nach der Landtagswahl 2014 wurden ins Papier mit aufgenommen. Mit dieser umfassenden Diskussionsgrundlage steigen wir in die direkte Vorbereitung des 12. Landesparteitages ein und hoffen auf eine faire und konstruktive Debatte, die das vorliegende Dokument qualifiziert und der Heterogenität unseres Landesverbandes gerecht wird.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung bei www.dielinke-sachsen.de; Parteitagsvorbereitung

weitere Maßnahmen: Versendung des Beschlusses an die Gliederungen sowie Abdruck in der Links!; Versenden an die Delegierten des Landesparteitages

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

f.d.R.

Dresden, den 13. Juni 2015



1 0. Einleitung

2 Das Abschneiden der LINKEN bei Wahlen auf Landes- und Bundesebene war zwischen 2009 und 2014 flächendeckend in ganz Deutschland nahezu durchgehend von einem Absinken unserer Wahlergebnisse gekennzeichnet. Das Spektrum dieser Entwicklung reichte dabei in diesem Zeitraum in den Ländern von einem relativem Anstieg bei gleichzeitigem absolutem Stimmenverlust in Thüringen bis hin zum Absinken unserer Ergebnisse über die Halbierung hinaus zum Beispiel in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Auf Bundesebene erreichten wir nur noch drei Viertel unserer Wähler_innen. Die Wahlen 2015 in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit dem Anwachsen der Ergebnisse der LINKEN sind ein Hoffnungszeichen. Die Zahl der Mitglieder in unserer Partei sank im Zeitraum 2009 - 2014 von 78 Tausend auf ca. 60 Tausend, diese Tendenz zeigt sich bundesweit in allen Landesverbänden.

11
12 Deshalb wird seit den vergangenen Wahlen auf Landes- und Bundesebene 2013/14 in unserer Partei intensiv über die Ausrichtung unserer Partei diskutiert. Dabei stehen vor allem die Fragen in der Debatte, wie und mit welcher Schwerpunktsetzung wir unser politisches Profil als linke Partei gesellschaftlich wirksam vertreten und welche innerparteilichen Veränderungen für erfolgreiches politisches Handeln notwendig sind.

16
17 Ausdruck und (Zwischen-)Ergebnis dieser Diskussionen ist vor allem die auf das Wahljahr 2017 und darüber hinaus orientierte Kampagne der Bundespartei „Das muss drin sein!“, mit der prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen thematisiert und bekämpft werden sollen. Diese Kampagne bietet für die weitere Arbeit des Landesverbandes Sachsen eine wesentliche Grundlage.

21
22 Einen weiteren wichtigen Meilenstein bei der strategischen Neuaufstellung unserer Partei DIE LINKE bilden die Diskussionen und Anregungen, die auf der „Woche der Zukunft“ der Bundesebene stattgefunden haben. Die Vielfalt und teilweise auch Gegensätzlichkeit einiger Ergebnisse und Vorschläge entspricht dem Charakter unserer Partei als Mosaik verschiedener linker Ansätze und Konzepte, der bewahrt werden muss. Die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger haben mit ihrem Manifest „Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0. Zu den Aufgaben und Möglichkeiten einer Partei der Zukunft im Europa von Morgen“ wichtige Orientierungen für die weitere Arbeit gegeben.

29
30 Die gesamte LINKE diskutiert und arbeitet an ihrer Weiterentwicklung. So auch DIE LINKE. Sachsen. Den intensiven und offenen Diskussionen über die programmatische und strategische Herangehensweise an die Landtagswahlen 2014 entspricht die breit angelegte und flächendeckende Diskussion über die Ergebnisse und die notwendigen Schlussfolgerungen. Diese Debatten- und Beteiligungskultur ist zu einem bewahrenswerten Markenzeichen unseres Landesverbandes geworden. In diesem Text werden die wesentlichen Ergebnisse dieser kontroversen Debatten, die auf mehreren Regionalkonferenzen, gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und Fraktionsvorstand, auf zwei Strategiekonferenzen, in zahlreichen Kreis- und Ortsverbänden sowie Zusammenschlüssen geführt wurden und die in zahlreichen schriftlichen Diskussionsbeiträgen zum Ausdruck kommt als Grundlage der weiteren Arbeit aufbereitet. Damit wird der strategische Rahmen für die bevorstehenden Jahre gegeben.

Vorschlag Einfügung direkt anschließend an „gegeben“: „und dem Wunsch Rechnung getragen, uns über unsere gemeinsame strategische Ausrichtung und unsere gemeinsamen Handlungsfelder zu verständigen. Der Landesvorstand wird beauftragt, auf Grundlage dieses Beschlusses sein Arbeitsprogramm zu erstellen.

40

41 1. Grundlagen

42

Vorschlag Einfügung:

„Als sozialistische Partei streben wir nach sozialer Sicherheit, sozialem Zusammenhalt und sozialer Gerechtigkeit für alle Menschen. Dies ist für uns kein Selbstzweck. Schon Marx definierte das Ziel des Sozialismus als Assoziation freier Menschen, in der „die Freiheit des einzelnen zur Grundbedingung der Freiheit aller“ sei. Unser Einsatz für das Soziale in der Gesellschaft zielt deshalb darauf ab, die freie Entfaltung eines jeden Menschen frei von Zwängen und Abhängigkeiten zu ermöglichen. Dem Leitansatz der Freiheit trägt deshalb auch DIE LINKE in ihrer Programmatik Rechnung.

43 1.1. Erfurter Programm

44 Die wichtigste Grundlage für alle Strategien unserer Partei bildet das Erfurter Programm. Davon ausgehend
45 steht DIE LINKE:

46 *„für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung*

47 *- für einen sozial-ökologischen Umbau*

48 *- für ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit*

49 *- für eine inklusive Gesellschaft*

50 *- für eine gerechte Verteilung aller Arbeiten zwischen den Geschlechtern*

51 *- für ein Leben in sozialer Sicherheit*

52 *- für eine armutsfeste solidarische Rente für alle*

53 *- für eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege*

54 *- für gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung von der Krippe über Ausbildung und Studium bis
55 zur Weiterbildung*

56 *- für kulturelle Vielfalt und die Teilhabe aller am kulturellen Reichtum der Gesellschaft, für kulturelle Bildung
57 von Anfang an*

58 *- für ein gerechtes Steuersystem*

59 *- für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit*

60 *- für die Überwindung jeglicher Form der Diskriminierung*

61 *- für einen Neustart der Europäischen Union*

62 *- für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg*

63 *- für internationale Solidarität und Kooperation zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen“*

64

65 Diese 16 Hauptkampfziele der LINKEN sind in der Präambel des Erfurter Programms zusammengefasst und
66 richten linke Politik auch unterhalb der Bundesebene aus. Diese 16 Ziele wiederum werden von drei pro-
67 grammatischen Grundideen geprägt:

68

69 - „Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an
70 den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer so-
71 lidarischen Gesellschaft. Darin ist die Dominanz des Profits überwunden, und verlässliche und gute Le-
72 bensbedingungen für alle sind das Ziel des Wirtschaftens.

73 - Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur – das betrachten
74 wir als zweite Leitidee. Sie erfordert einen sozial-ökologischen Umbau zu nachhaltiger Entwicklung anstel-
75 le profitorientierten Wachstums.

76 - Die Verwirklichung dieser beiden Dimensionen ist ein längerer emanzipatorischer Prozess, in dem die
77 Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökologische Kräfte überwunden wird und die
78 Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.“

79 1.2. Die Kampagne „Das muss drin sein“

80 Mit der Kampagne "Das muss drin sein" hat sich DIE LINKE viel vorgenommen: prekäre Arbeits- und Lebens-
81 bedingungen sollen thematisiert und bekämpft werden.

82 10 Jahre nach der Agenda 2010 feiert die Bundesregierung die angeblichen "Erfolge". Aber wie sehen die
83 aus? 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten in prekären Jobs, oft zu Niedriglöhnen! Ein Drittel der Bevölke-
84 rung wird in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gedrängt. Prekär heißt "unsicher" und "unplanbar". Für
85 Viele ist das inzwischen ganz normal geworden: mit dem Lohn nicht über die Runden zu kommen, auch weil
86 Miete, Energieversorgung und das Leben insgesamt immer teurer werden. Wer neu ins Berufsleben einsteigt,
87 landet in Schleifen befristeter Verträge oder in Werkverträgen ohne Sozialversicherung. Viele Menschen
88 arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit und in Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden.
89 Ob auf der Suche nach Arbeit, dem nächsten Projekt oder weil die Arbeit nicht enden will: die Zeit für Freun-
90 dinnen und Freunde, für die Familie wird weniger. Wer sich un- oder unterbezahlt um Kinder, Kranke oder
91 pflegebedürftige Menschen kümmert, gerät schnell an die Belastungsgrenzen. Viele aus leidvoller Erfahrung
92 die Folgen des politisch erzeugten Kostendrucks und Personalmangels in Krankenhäusern und Pflegeeinrich-
93 tungen. In einem reichen Land werden immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt, ihnen
94 wird der gleiche Zugang zu guter Arbeit, Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Bildung versperrt. Er-
95 werbslose werden durch die Sanktionen der Jobcenter gegängelt. Menschen mit Behinderungen arbeiten in
96 Werkstätten für Niedriglöhne - für sie gilt der Mindestlohn nicht! Besonders prekär ist auch die Situation von
97 Flüchtlingen, die um ihr Bleiberecht kämpfen müssen.

Vorschlag Einfügung: „Soziale Sicherheit ist für uns kein Selbstzweck. Sie ist der notwendige Rahmen für ein Leben in Menschenwürde und zur freien Entfaltung eines jeden Menschen. Ausgehend von der Grundidee des Erfurter Programmes, für gesellschaftliche Verhältnisse zu kämpfen, in denen „individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe möglich sind, setzen wir uns für die Interessen all jener ein, die immer weniger Anteil am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum haben.“

98 Das prekäre Leben hat viele Gesichter - gemeinsam haben viele Menschen, dass der Alltag immer mehr zu
99 einer Zumutung wird und sich die Zukunft immer weniger planen lässt! Es sind die persönlichen Erfahrungen
100 vieler Menschen, aber es ist ein gesellschaftliches Problem: Prekarität ist längst fester Bestandteil des fle-
101 xiblen Kapitalismus geworden. Wenn die Bundesregierung vom deutschen Erfolgsmodell spricht, dann sind
102 damit auch prekäre Jobs und die unsoziale Kürzungspolitik gemeint!

103 Wir wollen diese Zumutungen des prekären Arbeitens und Lebens nicht einfach hinnehmen, wir wollen uns
104 gemeinsam wehren! Als linke Partei laden wir Alle ein, gemeinsam Druck zu machen für das, was in einem
105 reichen Land selbstverständlich sein sollte:

106

107 ~~— 1 — Befristung und Leiharbeit stoppen. Viele, vor allem junge Menschen hängen sich von einem befristete-~~
108 ~~ten Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung. Wir wollen gute Arbeitsver-~~
109 ~~hältnisse, mit denen alle ihre Zukunft planen können.~~

110 ~~— 2 — Existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV. Es muss Schluss sein damit,~~
111 ~~dass Erwerbslose durch Sanktionen gegängelt und in schlechte Jobs gedrängt werden. Wir wollen~~
112 ~~eine soziale Mindestsicherung für Erwerbslose und ihre Familien.~~

113 ~~— 3 — Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst. Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger~~
114 ~~Teilzeit oder Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wir wollen diese~~
115 ~~Arbeit umverteilen und mehr Zeit für Familie und Freizeit.~~

116 ~~— 4 — Wohnung und Energie bezahlbar machen. Wir wollen die Verdrängung durch steigende Mieten, Sa-~~
117 ~~nierungskosten und Energiepreise stoppen. Eine bezahlbare Wohnung muss auch in den Großstäd-~~
118 ~~ten drin sein.~~

119 ~~— 5 — Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit. Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für Kinder,~~
120 ~~Kranke und Pflegebedürftige hilft nicht nur den Betroffenen und ihren Familien, sondern auch den~~
121 ~~Beschäftigten im Kampf gegen Arbeitsüberlastung. (Beschlossen in LaVo-Klausur)~~

122

123 1.3. Manifest „Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0“

124 Für die kommende Demokratie, für den Einstieg in den Ausstieg aus dem Krisenkapitalismus sind in diesem
125 Sinne mindestens die folgenden aufgeführten Politikfelder und Einstiegspfade entscheidend:

126

- 127 1. Kürzer, gerecht verteilt, kollektiv selbstbestimmt - Die Arbeit der Zukunft dreht sich um das Leben
- 128 2. Unser Plan B beginnt mit Wirtschaftsdemokratie und sozial-ökologischer (Energie-)Wende
- 129 3. Eine Offensive fürs Öffentliche - auf dem Weg zu einem Infrastruktur-Sozialismus
- 130 4. Eine neue Commune - für die Demokratisierung der Kommunen und das Recht auf Stadt
- 131 5. Europa braucht eine demokratische Revolution

132

133 Diesen fünf Politikfeldern, die im Manifest von Kipping und Riexinger weiter untersetzt sind, folgen drei kon-
134 krete Aufgaben, denen sich die Partei stellen soll:

135

136 1.3.1 Wir sollten die Machtfrage auf allen Ebenen stellen.

137 Um gesellschaftliche Macht aufzubauen und den Kampf für eine andere Hegemonie irgendwann gewinnen zu

138 können, braucht es eine emanzipatorische Klassenpolitik 2.0. Denn Klassenkämpfe (...) sehen heute anders
139 aus. Sie sind zugleich Kämpfe um Geschlechtergerechtigkeit, gegen Rassismus und für globale Solidarität,
140 für Klimagerechtigkeit und eben globale Demokratie. Die Partei muss sich daher auch kulturell öffnen für
141 andere Identitätskonzepte und die Themen all derjenigen, die in ihrem Leben mehr sein wollen als nur fleißi-
142 ge Ameisen im Standort Deutschland.
143 Träger einer Demokratisierung von Unten könnte in diesem Sinne ein Bündnis bestehend aus Erwerbslosen,
144 Prekarisierten, Beschäftigten, insbesondere den wachsenden Beschäftigtengruppen im Bildungs-, Gesund-
145 heits- und Pflegebereich sowie den urbanen linken Milieus und der neuen europäischen Generation sein. Ja
146 in Europa ist inzwischen eine Generation herangewachsen, für die es eine Selbstverständlichkeit ist, Europa
147 grenzüberschreitend zu leben. Viele von ihnen leiden jedoch unter der herrschenden EU-Politik. Damit solch
148 ein Bündnis gelingt, sollten wir klar haben, für wen und zu wem wir sprechen. Und das ist weniger die veröf-
149 fentliche Meinung, als diejenigen, die sich nicht mehr repräsentiert fühlen.

150
151 1.3.2. Für transformatives Organizing und neue Agenten des Gemeinsamen

Vorschlag: Streichung „transformativ“ in der Überschrift – müsste ansonsten im Text erklärt werden
Achtung! Betrifft dann auch Zeile 159

152 Eine emanzipatorische Hegemoniepolitik, ein neuer Linkspopulismus brauchen

Vorschlag: Ersetze „ein neuer Linkspopulismus“ durch „eine neue populäre Linkspolitik“

153 sowohl eine neue Sprache wie eine neue Konfliktfähigkeit - auch bei der LINKEN. Wir müssen in der Lage
154 sein, Kämpfe zu verbinden, Konflikte auszuhalten und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Es braucht
155 Agenten des Gemeinsamen, die im Bewusstsein der Unterschiede und Ungleichzeitigkeiten an pragmati-
156 schen Lösungen arbeiten. Das heißt nicht zuletzt auch den Sound der Straße hören und immer wieder neu
157 sprechen zu lernen. Deswegen schlagen wir - in der Tradition der "Kümmererpartei" - eine Offensive des
158 Zuhörens vor, in der z.B. Offene Büros unserer Partei als Foren für soziale Bewegungen und Anlaufpunkte für
159 ein transformatives Organizing in den Stadtteilen und Kommunen dienen können, um gemeinsam Solidarität,
160 Willkommenskultur und die Selbstermächtigung im Alltag zu stärken. Damit könnten wir auch unsere Kam-
161 pagnenfähigkeit vor Ort stärken.
162 Darüber hinaus müssen wir als Partei die Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft besser nutzen. Über das
163 Internet können wir von der Meinungsmacht der Medien unabhängiger werden und zugleich seiner dunklen
164 Seite, den Verschwörungstheorien und Hetzportalen, mit eigenen Angeboten und Argumenten entgegen
165 treten. (...)

166
167 1.3.3. Laboratorien der Zukunft schaffen.

168 Die Zukunftswache kann ein Anfang sein für die gemeinsame Diskussion über die Zukunftsträume, die linken
169 Alternativen und Strategien, über die Partei der Zukunft. Lasst uns anhand der fünf Themenachsen, die je
170 unterschiedliche Bündelungen der Kämpfe um die Zukunft sind, Laboratorien der Zukunft schaffen, in denen
171 wir uns vernetzen und unsere Ideen zu ausstrahlungskräftigen Projekten und Strategien weiter entwickeln.
172 (...)

173 Die Partei der Zukunft sind wir alle. Wir sind nicht nur schon anders als die anderen Parteien, wir wollen uns
174 in Zukunft noch deutlicher von den verschiedenen parteipolitischen Varianten der Postdemokratie unter-

175 scheiden. Dazu braucht es aber nicht zuletzt eines: Eure Beteiligung. Denn nur als aktive Mitgliederpartei
176 können wir auch außerhalb von Wahlkämpfen die geplanten Kampagnen umsetzen, die nötigen Kämpfe füh-
177 ren und unsere Verankerung im Alltag der Menschen verbreitern. Es gibt bereits viele verschiedene Bereiche
178 in der Partei und Leuchtturmprojekte wie die offenen Büros linXXNet und RedroXX oder die Diskussionszu-
179 sammenhänge zum Plan B, bei denen eine breite Beteiligung erwünscht und möglich ist. Solche Laboratorien
180 der Zukunft wollen wir noch deutlich ausbauen und so Möglichkeiten einer praktischen Beteiligung schaffen.

181

182 2. Wo stehen wir, wo steht Sachsen

Vorschlag: Änderung der Überschrift in „Wo Sachsen steht, wo stehen wir“

183 Selbstbestätigung ist wohltuend, allein: Sie nützt selten. Selbstbeschäftigung hingegen hilft meistens, solan-
184 ge sie konstruktiv bleibt und nicht ausufert. Wir müssen sie uns gönnen, aber in fruchtbarer Form. Der „*im-*
185 *mense konzeptionelle, programmatische, theoretische, strategische Rückstand gegenüber den realen ge-*
186 *ellschaftlichen Prozessen im Land*“, der unsere gesamte Partei heute prägt (Peter Porsch), sollte uns trei-
187 ben – aber nicht in die Resignation, sondern zur Suche nach neuen Antworten. Folgen wir dabei Marx' For-
188 derung: „*An allem ist zu zweifeln*“ – auch an uns selbst.

189 Strategie heißt: Ein Ziel entwerfen und den Weg, der zu ihm führt. Sie hängt ab von eigenen Möglichkeiten
190 und äußeren Einflüssen. Eine gute Strategie bleibt deshalb flexibel: denn Strategie ist auch „*ein System von*
191 *Aushilfen*“, wenn die so gut geplanten Vorhaben nicht aufgehen. Fragen wir nicht nur: Welches Programm
192 sollen wir vertreten? Sondern vor allem: Wie dringen wir damit durch? An diesen Debatten *können* wir schei-
193 tern. Vermögen wir es aber nicht, Gedanken und Ideen zu diskutieren, ohne sie zu etikettieren, ohne auf ihre
194 Urheber zu schauen, sind wir schon gescheitert.

195 Die Geschichte, auch unsere, ist offen und endlos. Sie wächst organisch. Der Weg zu einer neuen Gesell-
196 schaft folgt keiner Landkarte. An manchen Stellen werden wir Chancen finden, ihn zu beeinflussen: an den
197 Sollbruchstellen, den systemsprengenden. Elemente der neuen Verhältnisse sind im Schoß der alten vor-
198 handen. Fangen wir an, sie zu suchen. Die Zukunft trifft uns. Gewinnen wir sie!

199

200 2.1. Sachsen 2015: Eine erstarrte Gesellschaft?

201 Der schwarze Block ruht noch – auf vielen Pfeilern

202 Im 25. Jahr der Einheit bietet Sachsen ein widersprüchliches Bild. Der Freistaat kann, wenigstens im Ver-
203 gleich der ostdeutschen Bundesländer, durchaus Erfolge verzeichnen. Wirtschaftliches Wachstum, sinkende
204 Arbeitslosigkeit, niedrige Staatsverschuldung – vielen Sächsinen und Sachsen stellt sich die wirtschaftliche
205 Lage als solide dar. Aber bei weitem nicht allen. Kehrseiten der guten Kennzahlen sind mindestens die lang-
206 jährige Niedriglohnstrategie, die Prekarisierung der Arbeits- und vieler Lebenswelten, eine kleinteilige Wirt-
207 schaftstruktur und das Unvermögen, zum Produktionsniveau Westdeutschlands aufzuschließen. Die relative
208 wirtschaftliche Prosperität hat sich – innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse wenig verwunderlich
209 – keineswegs mit allgemeiner sozialer, kultureller oder Bildungsprosperität verbunden. Bei den meisten sozi-

210 alen Standards liegt Sachsen nach wie vor unter dem Bundesdurchschnitt, der Anteil armer Menschen an
211 der Bevölkerung ist höher als in allen westdeutschen Bundesländern. Trotz alledem wirken die politischen
212 Verhältnisse wie versteinert. Weshalb?

213 Die Schaffung rechtlicher, politischer und ökonomischer Strukturen im Freistaat ist nach einem Vierteljahr-
214 hundert weitestgehend abgeschlossen. Auch deshalb sind die meisten großen landespolitischen „Schauplät-
215 ze“ prinzipiell befriedet. Streit entzündet sich an Prozessen des Substanzverzehr, die aus der rigiden Spar-
216 politik bei gleichzeitiger Rücklagenhäufung folgen, an Ideenlosigkeit und an sehenden Auges verpassten
217 Zukunftschancen. Grundsatzdebatten abseits (haushalts)politischer Detailentscheidungen finden dennoch
218 kaum statt. Auch Oppositionspolitik erschöpft sich meist in Forderungen nach „Mehr!“, seien es Haushalts-
219 mittel, Haushaltsstellen oder „gestaltende Konzepte“.

220 Die CDU bleibt seit 25 Jahren die mit Abstand stärkste Partei. „König Kurt“ Biedenkopf führte bis 2002 drei
221 Alleinregierungen. *„Er legte den Grundstein für die landespolitische Identität Sachsens, die für alle Parteien
222 der Landespolitik einen unhintergehbaren politischen Diskursrahmen schuf“* (Benjamin Hoff/Horst Kahrs).
223 Laut Bernhard Honnigfort war Biedenkopf auch erfolgreich, weil er *„als geschickter Psychologe den alten
224 Glanz Sachsens hervorkramte, um in schwierigen Übergangsjahren neue Identität zu stiften. Er packte die
225 Sachsen bei ihrem Stolz: Wenn sie den Aufbau nicht schafften, wer denn bitteschön dann in Ostdeutsch-
226 land?“* Wahrscheinlich prägte „Biko“ so vor allem die Generation der heute „Mittelalten“, deren Zuspruch zur
227 LINKEN im Vergleich zu anderen Altersgruppen besonders gering ausfällt. Da dieses Phänomen jedoch in
228 allen neuen Bundesländern zu beobachten ist, reicht diese Erklärung dafür selbstverständlich nicht aus. Zu
229 Fall gebracht wurde der „Ur-Landesvater“ durch Affären und Skandale, in die er persönlich involviert war.
230 Ihm folgte der Finanzexperte und technokratischer regierende Georg Milbradt, der 2004 eine erste Koalition
231 mit der SPD einging und im Mai 2008 seinen Hut nehmen musste – wegen seiner Verstrickung in die Sach-
232 sen LB-Affäre.

233 Ernste Funktionsstörungen im CDU-Getriebe beruhten mithin weniger auf Protesten gegen landespolitische
234 Fehlentscheidungen, sondern resultierten aus parlamentarischem und juristischem Aufklärungsstreben, bei
235 dem sich etwa der damalige SPD-Landtagsabgeordnete Karl Nolle Verdienste erworben hat. Sein Versuch,
236 mit Verweis auf dessen bigotten Umgang mit der eigenen Biografie den amtierenden Ministerpräsidenten
237 Stanislaw Tillich anzugreifen, scheiterte allerdings. Weitere große Skandale – wie jene um den „Sachsen-
238 sumpfung“, der Funktionslogiken der Machteliten im Kern berührte, oder um das Versagen der Sicherheitsbe-
239 hörden gegenüber dem NSU-Terror – hat die CDU-Herrschaft nahezu unbeschadet überstanden. Tillich spielt
240 derweil noch weniger als seine Vorgänger die Rolle eines Impulsgebers, sondern inszeniert sich als verwal-
241 tender „Landesvater“ in vermeintlich ruhigen Fahrwassern. Die gewachsenen Strukturen des schwarzen
242 Monolithen funktionieren auf Landesebene und im ländlichen Raum weitgehend wie ein Uhrwerk. Das hat
243 viele Gründe.

244 Vor allem zu nennen ist der immerfort reproduzierte Gründungs- oder „Sachsen-Mythos“, den die CDU nach
245 1990 unter Federführung Biedenkopfs festsetzte. Dazu hat sie sich teilweise der Landesgeschichte bemäch-
246 tigt. Neben Appellen an das „Sachsengefühl“, anknüpfend auch an die Industrie- und Bergbaugeschichte des

247 Freistaates, ist vor allem die „Friedliche Revolution“ Dreh- und Angelpunkt opportunistischer Umdeutungen.
248 Kern ist die Erzählung, die Umwälzung nach 1989 sei von Sachsen ausgegangen und nicht von Berlin oder
249 gar von Moskau, also dem Scheitern der Sowjetunion und des „sozialistischen Weltsystems“. Weniges ver-
250 mag dies besser zu illustrieren als die Episode, dass die Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl vor der Ruine
251 der Frauenkirche am 19. Dezember 1989 (*„Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zulässt, die*
252 *Einheit unserer Nation“*) inzwischen mit einer Gedenktafel gewürdigt wird. Deren Aufstellung kommentierte
253 der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz mit der irrwitzigen Behauptung, die Rede sei *„der*
254 *entscheidende Schritt zur Wiedervereinigung“* gewesen. Die Wiedererrichtung der Frauenkirche kann indes
255 als eigene Quelle des „Sachsen-Mythos“ gelten. Sie steht symbolisch für die Aufbauleistung, für Verdienste,
256 die viele Christdemokrat*innen falsch für sich reklamieren. Gleichzeitig ignorieren sie konsequent die Ver-
257 antwortung der ehemaligen „Blockparteien“ und zeichnen undifferenziert „die Wende-Bürgerrechtler“ dafür
258 aus, dass sie den Aufbau Sachsens vorangetrieben und es zum Vorreiter gemacht hätten – mit starker Wirt-
259 schaft, politischer Stabilität, einer florierenden Bildungs- und Kulturlandschaft. „Ganz wie in alten Zeiten!“,
260 schließt sich der Kreis zu Biedenkopf'schen Reminiszenzen. Dass die DDR-Eliten überwiegend gegen impor-
261 tiertes westdeutsches Personal getauscht wurden, wird indes verschwiegen.

262 Ein weiterer Pfeiler sind geschickt dosierte Wohltaten für wichtige gesellschaftliche Teilgruppen, deren Wi-
263 derständigkeit somit prophylaktisch gebrochen wird. Diese Maßnahmen liefern erneut vortreffliches Futter
264 für Inszenierungen nach dem Prinzip: Sachsen investiert X € in Y und ist „zukunftsfest“. Auch so gelang es
265 der CDU, das (Selbst)Bild vom Freistaat als „Primus des Ostens“ zu zeichnen – als Ablenkung von der eher
266 mittelmäßigen Stellung, die Sachsen ansonsten bundesweit einnimmt. *„Dieses Wir-Bild nach dem Motto*
267 *‚Sachsen sind die Besten‘ führt zu einer beträchtlichen kollektiven Selbstüberschätzung einerseits und Aus-*
268 *grenzungserscheinungen andererseits“* (Gerhard Besier). Der Mythos wird ständig kultiviert, etwa in Regie-
269 rungserklärungen. Dort werden reale Probleme regelmäßig mit patriotischen Parolen, Selbstlob und bräsig
270 Feierlichkeit übergossen, stets unter direkter Adressierung „der Sachsen“ – *„Heute ist unsere Heimat schö-*
271 *ner und lebenswerter denn je, und wir sind ein gutes Stück in Richtung Spitze vorangekommen“* (Stanislaw
272 Tillich). Im – überspitzt formuliert – „größten Freistaat Sachsen der Welt“ verfährt derlei weiter, obwohl etwa
273 Thüringen und teilweise auch Brandenburg bei diversen Indikatoren besser abschneiden.

274 Der „Sachsen-Mythos“ erweist sich als außerordentlich stabiles, weil die Mehrheitsbevölkerung emotional
275 involvierendes Machtinstrument. Es entsteht die Fiktion einer „heilen Welt“, in der Bedrohungen stets als
276 fremdverursacht gelten. Zusätzliche Stützen der christdemokratischen Herrschaft sind neben eher „soften“
277 Machttechniken auch Vetternwirtschaft, gesteuerte Ämtervergabe, Duckmäsertum und Katzbuckeln von
278 vielen, die im Freistaat „etwas werden“ wollen. Hinzu kommt nicht zuletzt der – mit Hilfe der CDU-nahen
279 Politikwissenschaft gepflegte – Anti-„Extremismus“-Konsens, dessen exzessive Durchsetzung immer wieder
280 die Grundrechte in Gefahr bringt („Sächsische Demokratie“). Begonnen hat auch das vor 25 Jahren, etwa mit
281 schwarzen Listen für „systemnahe“ DDR-Wissenschaftler*innen, die gnadenlos aus der Hochschullandschaft
282 gefegt wurden.

283 Allerdings knüpfen Sachsens Christdemokrat*innen bei weitem nicht mit allen Machttechniken an histori-
284 sche Bezüge an. Sie nutzen vor allem während ihrer Wahlkämpfe die Strategie der „asymmetrischen Demo-

285 bilisierung“. Durch den weitgehenden Verzicht auf polarisierende Aussagen ebenso wie durch bewusste
286 inhaltliche Beliebigkeit werden gegnerische Lager „eingeschläfert“. An die Stelle pointierten, „kantigen“
287 Agierens treten Personalisierung, Emotionalisierung, Technokratismus, die sämtlich ein offensichtliches An-
288 griffspotential vermissen lassen. Das wohlige Gefühl gesicherter Verhältnisse kann indes am besten vermit-
289 teln, wer nicht nur über einen langjährigen „Amtsbonus“ verfügt, sondern auch glaubwürdig behaupten kann,
290 für Stabilität zu sorgen. So inszeniert sich die CDU als „das Original“ in Wirtschafts- und Finanzfragen, postu-
291 liert Verlässlichkeit und Kontinuität. Ihre scheinbar unangefochtene Dominanz begünstigt ihre letztlich ob-
292 rigkeitsstaatliche Attitüde, sich im Normalfall kaum für die eigene Politik rechtfertigen zu müssen. Der Kolla-
293 teralschaden, den das Regierungssystem durch diesen Stil erleidet, lässt sich als Verödung, als De-
294 Politisierung beschreiben: Auseinandersetzungen bleiben entweder im Austausch oberflächlicher Meinungs-
295 bekenntnisse oder in Detailfragen verhaftet, die den Perspektiven der Mehrheitsbevölkerung entrückt sind.

296 An der Stärke der „bürgerlichen Mehrheit“ in Sachsen – die nur 2004 episodisch unter Druck geriet – hat
297 sich bis heute also wenig geändert. Allerdings lassen sich inzwischen Verschiebungen ihrer inneren Kräfte-
298 verhältnisse beobachten. Ihr Spiegelbild ist die traditionelle Schwäche des „linken Lagers“ von PDS/LINKEN,
299 SPD und Grünen. Kleinere Koalitionspartner, die der CDU willfährig zur Mehrheit verhelfen, scheitern trotz
300 gewisser Zugeständnisse regelmäßig an der Verhinderungsmacht des Stärkeren.

Vorschlag Einfügung: „Ihnen – wie aktuell der SPD – bleibt die Rolle der Opposition am Kabinetttisch. Sie mögen kleiner Erfolge und Korrekturen der CDU-Politik bewirken, bleiben jedoch in klaren Machtverhältnissen innerhalb der Koalition vor allen Dingen Garant für eine parlamentarische Mehrheit zur Bestätigung der seit der Wende ununterbrochenen CDU Politik.“

301 Die gesellschaftliche Hegemonie der „neuen Staatspartei“ CDU, deren Einfluss weit in Subsysteme wie Wirt-
302 schaft, Verwaltung, Medien, Kultur oder Wissenschaft reicht, scheint unverändert stabil. Angehörige der
303 größten sächsischen Partei führen weiter in allen Landkreisen das Zepter, sie stellen auch die größte Gruppe
304 der Bürgermeister*innen in den Städten und Gemeinden. In beinahe allen Wahlkreisen fällt das Direktman-
305 dat für den Landtag fast wie selbstverständlich an christdemokratische Kandidierende. So gewinnt die größ-
306 te Fraktion einen entscheidenden Vorteil: Viele ihrer Abgeordneten bleiben von der parlamentarischen Arbeit
307 relativ unbehelligt, die Regierungsfaktionen ohnehin weniger fordert als Oppositionsfaktionen. Umso freier
308 können sie an ihrer Verankerung im Wahlkreis arbeiten.

309 Die Vorherrschaft der Konservativen ruht mithin auf einer breiteren Basis als jener, die durch ein anderes
310 Landtagswahlergebnis unmittelbar oder kurzfristig zu kippen wäre. Ein solches wäre der notwendige erste,
311 aber längst nicht der letzte Schritt. Der „*sanfte Verschleiß des Hegemons*“ (Benjamin Hoff/Horst Kahrs)
312 wirkt derzeit noch als eher schwache Hoffnung. Er ist jedenfalls nichts, worauf wir warten könnten. Der
313 sächsischen Bevölkerung müssen *wir* eine realistische „Ablösungsperspektive“ (Horst Kahrs) bieten – zumal
314 Versuche, Bewegung in den gelähmten Freistaat zu bringen, inzwischen nicht mehr nur von links kommen.

315 **2.2. Legitimationsprobleme der Demokratie**

316 Seit dem letzten Jahr ist Sachsen mit einem Phänomen konfrontiert, das nicht nur latente Fremdenfeindlich-
317 keit sichtbar gemacht hat, sondern auch einen Eindruck vom Verbreitungsgrad vermittelt, den Frustration,
318 Apathie und Resignation inzwischen erreicht haben. „PEGIDA“ und die diversen Ableger bilden ein Ventil,
319 durch das sich auch eine entsolidarisierte Mittelschicht – wobei dahinsteht, ob dieselbe in der jüngsten Ge-
320 schichte jemals solidarisch war – Gehör verschafft und die „etablierte Politik“ aufschreckt. Diese Bewegun-
321 gen weisen trotz ihrer anfänglichen soziodemografischen Vielfalt klar rassistische und fremdenfeindliche
322 Tendenzen auf. Sie negieren die universellen Menschenrechte. Ihr Protest lastet auf dem Rücken der
323 Schwächsten, die sie gegeneinander hetzen. Soziale Probleme und Ängste nutzen sie aus. Am „Sachsen-
324 Mythos“ können sie anknüpfen. „Wer unter Existenz- oder Abstiegsangst leidet oder beständig Ausgrenzun-
325 gen erlebt, kann leichte Beute für rechte Kulturkämpfer, antisemitische Verschwörungstheoretiker und reli-
326 giöse Fundamentalisten werden. Einen Reim auf die sich verfinsternde Gegenwart machen diese reaktionä-
327 ren ‚Krisenlöser‘ sich, indem sie von Verschwörungen gegen ihre ‚Kultur‘ reden und dabei Verderben über
328 andere bringen. Sie flüchten sich in die vermeintliche Geborgenheit der Nation oder in autoritäre Geschlech-
329 terbilder und leben die eigene Unsicherheit im Hass auf Schwächere, wie ethnische und sexuelle Minderhei-
330 ten, aus“ (Katja Kipping/Bernd Riexinger). Es würde nicht ausreichen, darauf ausschließlich mit den üblichen
331 Protestformen zu reagieren. Auch dürfen wir nicht aufatmen, weil sich Straßen und Plätze wieder leeren.
332 Denn „PEGIDA“ und Co. sind die Spitze eines Berges – nicht aber eines Eisberges. Ihr Fundament liegt offen
333 vor uns.

334

335 „Die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten drei Jahrzehnte lassen immer stärker erkennen, dass die-
336 ses Land zu einer sogenannten ‚Zwei-Drittel-Gesellschaft‘ wird bzw. schon [geworden] ist. Ein erheblicher
337 Teil der Bevölkerung hat immer weniger Anteil an den gesellschaftlichen Ressourcen. Verbunden sind damit
338 der Ausschluss aus demokratischen Beteiligungsprozessen, die Bedrohung durch Armut in all ihren Spielar-
339 ten, extremer Mangel an Bildungsmöglichkeiten und vieles mehr“ (Rico Gebhardt/Sebastian Scheel). Wahl-
340 beteiligung ist zu einer Klassenfrage geworden; Enthaltung übt zunehmend, wer sich in einer unsicheren
341 oder schwierigen sozialen Lebenssituation befindet. Wir beobachten Massenphänomene: allgemeinen Frust
342 wegen der politischen Verhältnisse, Verdross über fehlende Beteiligungsmöglichkeiten, die Empfindung tie-
343 fer Machtlosigkeit, die Ausbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, eine „*Atmosphäre der Angst,*
344 *die sich wie ein leises Rauschen unmerklich, aber unleugbar ausbreitet*“ (Heinz Bude). Angst schweißt zu-
345 sammen: Es droht die Herausbildung einer Gesellschaft des „Wir gegen die anderen“. Der Osten Deutsch-
346 lands ist von all dem besonders betroffen, was auch historische Ursachen hat: „*Aufgrund des umfassenden*
347 *Elitenwechsels sowie der schwierigen Einpassung ostdeutscher Biographien in westdeutsche Bewährungs-*
348 *und Aufstiegsschemata war die ostdeutsche Bevölkerung über einen langen Zeitraum von herausragender*
349 *wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Gestaltungsmacht ausgeschlossen. Ebensolche mehrfach*
350 *empfundene Demütigung erklärt nun aber, warum trotz materiellen Wohlstandes ein Großteil der Ostdeut-*
351 *schen mit der jetzigen bundesdeutschen Gesellschaft unzufrieden ist*“ (Joachim Klose/Werner Patzelt). Dies
352 alles kann zur Kündigung gegenüber dem politischen System führen, die breite Bevölkerungsschichten er-
353 greift. Die oft als Hort von Normalität und Vernunft geltende „Mitte“ ist davon nicht frei – sie ist „fragil“ und
354 „politisch aufladbar“ (Andreas Zick).

355 Der regierende Teil der politischen Klasse, trägt die Hauptverantwortung für diese Situation – bisher ohne
356 jede Selbstreflexion. Jahre des Nicht-Zuhören-Wollens, des Unterdrückens demokratischer Beteiligung, der
357 Denunziation kritischer Positionen als „Nestbeschmutzung“, des Degradierens von Dialog zum folgenlosen
358 Selbstzweck, Jahre von Selbstherrlichkeit und Dünkel haben ihre Spuren hinterlassen. Vor allem aber die
359 konsequente Nicht-Anerkennung und Nicht-Lösung drängender Probleme auf allen Politikfeldern – vor allem
360 in der Bildungs-, Sozial- und Asylpolitik – haben zum Verlust des Vertrauens vieler Repräsentierter in ihre
361 Repräsentant*innen geführt. Derweil verlassen parlamentarische Akteure immer seltener ihre „Realitätska-
362 takomben“ (Bernhard Pörksen), entfremden sich nicht nur sprachlich von jenen, die sie zu erreichen streben.

363 Wer größere Teile der Mehrheitsbevölkerung erreichen und mobilisieren will, muss deshalb die Vielschichtig-
364 keit der Gründe anerkennen, die zu diesen Phänomenen führen. Reflexhafte Kritik seitens politischer Akteu-
365 re an jenen, die die oben beschriebenen Probleme zwar nicht verursachen, aber von ihnen befallen sind,
366 könnte eine *„wechselseitig verursachte Entfremdungs- und Empörungsspirale“* (Joachim Klose/Werner Pat-
367 zelt) auslösen. Erklärungen finden wir keineswegs nur in der Wirkungskraft rechter Ideologien. Wir finden sie
368 auch in der immer komplexeren Lebenswelt, mit der schwer zurechtzukommen ist; in der Zersplitterung der
369 Gesellschaft in Milieus; im Wandel der öffentlichen und privaten Kommunikationssphäre; schließlich in der
370 abnehmenden Bindungskraft großer Organisationen. Jeder dieser Trends fordert uns heraus.

371 Lebensläufe sind heute kaum noch planbar. Unsere Umgebung wird schnelllebiger und komplizierter. Die
372 Arbeits- und Produktionswelt verändert sich schnell, vor allem durch Globalisierung, Digitalisierung und Au-
373 tomatisierung. Selbst über gut Qualifizierten schweben Damoklesschwerter wie gebrochene Erwerbsbiogra-
374 fien, Befristungen, unsichere berufliche Perspektiven, Hartz IV oder Altersarmut. Globale Prozesse, ob politi-
375 scher oder wirtschaftlicher Natur, werden immer weniger durchschaubar. Orientierung fällt schwer, Sicher-
376 heit wird gesucht. Hinzu kommt, dass *„viele sinnstiftende Narrationen unseres Landes unter Druck geraten,
377 etwa jene von der liberalen und rundum diskursoffenen pluralistischen Demokratie, vom soziale Gerechtig-
378 keit in Aussicht stellenden Wohlfahrtsstaat, vom partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Religion und Staat,
379 vom rundum vorteilhaften Wandel einer ‚homogenen‘ zu einer ‚multikulturellen‘ Gesellschaft. Damit geht
380 grundsätzliches Unbehagen einher, dass eine offene Gesellschaft nun einmal kein Hort von Sicherheit, Be-
381 ständigkeit und Vertrautheit ist.“* (Joachim Klose/ Werner Patzelt) Entfremdungserfahrungen greifen um sich.
382 Es gelingt den Einzelnen nicht mehr, sich ihre Umwelt „anzuverwandeln“, also eine Resonanzbeziehung mit
383 ihr herzustellen, sich selbst wirksam zu fühlen (Hartmut Rosa). *„An die Stelle handlungsmächtiger politischer
384 Subjekte [...] tritt heute zunehmend das ohnmächtige Individuum, das sich nicht nur von den ökonomischen
385 Verhältnissen entfremdet fühlt, sondern auch von den politischen. Die soziopolitische Welt ‚antwortet‘ nicht
386 mehr, sie diktiert ihre Handlungs- und Strukturvorgaben in Form von Sachzwängen, die sich in Alternativlos-
387 und Basta-Politiken niederschlagen“.* Die „Resonanzachse zwischen der etablierten Politik und weiten Teilen
388 der Bevölkerung“ ist „gebrochen“; die Demokratie verliert ihre „Verheißung“, „responsiv“ auf den Gestal-
389 tungswillen der Bürger*innen einzugehen (Hartmut Rosa). Diese Entfremdungsgefühle sind übrigens auch
390 deshalb in Ostdeutschland so stark ausgeprägt, weil die Strukturen, die den neuen Ländern gegeben wur-
391 den, nicht selbst entwickelt, sondern ihnen – in Erwartung von Dankbarkeit – „übergestülpt“ wurden.

392 Dieser „Achsbruch“ wird von einer Zersplitterung gesellschaftlicher Zusammenhänge begleitet. Menschen
393 suchen Sicherheit und Orientierung in ihren Milieus, in sozialen Nahräumen, in denen sie sich wohlfühlen.
394 Dort verstärken sich Entfremdungserfahrungen, weil sich Mitglieder gegenseitig in ihren Weltbildern und
395 Erfahrungen bestätigen, während sie es vermeiden, denen widersprechende Informationen aufzunehmen
396 oder zu akzeptieren. Auch diese Zerklüftung bedingt den längst erfolgten Verlust eines (revolutionären)
397 „Subjekts unserer Politik“ (Horst Kahrs). „Um gesellschaftliche Macht aufzubauen und den Kampf für eine
398 andere Hegemonie irgendwann gewinnen zu können, braucht es eine emanzipatorische Klassenpolitik 2.0.
399 Denn Klassenkämpfe sehen heute anders aus“. (Katja Kipping/Bernd Riexinger). Die Frage nach einem zeit-
400 gemäßen Klassenbegriff ist keine andere als die nach der Beschaffenheit von Milieus, die wir vertreten und
401 ansprechen wollen – und nach Möglichkeiten, sie zu erreichen.

402 „Unsere Attraktivität, unser Gebrauchswert, unsere politischen Zielstellungen usw. müssen aber durch die
403 jeweiligen WahrnehmungsfILTER hindurch bei den Menschen ankommen“, zumal Milieus eine eigene Sprache
404 entwickeln (Peter Porsch). Dieser strategischen Herausforderung stellen wir uns in einer Zeit, in der sich
405 private und öffentliche Kommunikation radikal wandeln“. Das System der Massenmedien, das mit politi-
406 schen Akteur*innen „eine Symbiose zum wechselseitigen Nutzen“ (Horst Kahrs) eingeht und folglich mit den
407 Mitteln des klassischen Kommunikationsmanagements erreichbar ist, befindet sich seit Jahren in der Krise.
408 Hauptgrund ist die Digitalisierung, die gleichzeitig eine extrem schnelle, ungeordnete und prinzipiell für jeden
409 Menschen mit Internetanschluss erreich- und beeinflussbare Gegenöffentlichkeit schafft. Diese ist vielfach
410 gespalten und verfügt nicht über greifbare Institutionen. Damit büßen die herkömmlichen Medien teilweise
411 ihre Monopolstellung als Massenkommunikationskanäle ein und geraten unter Rechtfertigungsdruck: Ab
412 jetzt wird (selten konstruktiv) zurückgeschrieben! Das ist auch für politische Organisationen folgenreich. In
413 dem Maße, wie die Massenmedien die Kontrolle über öffentliche Diskurse schleichend abgeben – wobei sie
414 wohl noch lange Zeit den Großteil der debattierten Themen einspeisen werden –, verlieren wir perspektivisch
415 auch Anknüpfungspunkte, um Zielgruppen über Massenmedien zu erreichen. Neue Kanäle werden wichtiger,
416 während sich das Feld der Mitspieler*innen massiv vergrößert. „Hat es noch vor nicht einmal zwei Jahrzehn-
417 ten viele helfende Hände und eine stramme Organisationsinfrastruktur gekostet, eine kraftvolle politische
418 Demonstration auf die Beine zu stellen, so reichen heute im Zweifel ein Smartphone und ein getroffener
419 Nerv“ (Tilman Loos). Die Wirkungskraft großer, auf Dauer angelegter Organisationsformen – seien es Ge-
420 werkschaften, Kirchen oder Parteien – gerät dadurch zusätzlich unter Druck. Die Verankerung der sächsi-
421 schen Parteien ist ohnehin traditionell sehr gering. Die Mitglieder der sächsischen CDU stellen nur einen
422 Anteil von 0,3 % der Bevölkerung, jene der LINKEN 0,23 %. Nur 0,69 % der Bürger*innen sind Mitglied einer
423 der im Landtag vertretenen Parteien. Langfristige (Partei-)Bindungen nehmen bundesweit ab, Wählerschich-
424 ten differenzieren sich, politisches Engagement wird kurzfristiger und stärker themen- und projektbezogen.

425 All diese Rahmenbedingungen erschweren unsere Strategiefindung, weil sie die „Passung“ zwischen unserer
426 Organisation und der Gesellschaft, deren Teil sie ist, infrage stellen. Wir müssen unsere Rolle neu finden.
427 Wer sonst soll den Achsbruch beheben? Es ist an uns, „die herrschenden Verhältnisse mit den unterdrückten
428 besseren Möglichkeiten zu konfrontieren“ (Horst Kahrs), den Kapitalismus grundsätzlich in Frage zu stellen,
429 mehr aufzuzeigen als eine Umverteilungsperspektive. Verbreiten wir jedoch keine Angst. Propagieren wir
430 positive Visionen, in dem Wissen, dass wir zugleich Sicherheit bieten müssen. Machen wir „nicht alles an-

431 ders“, aber „viele besser“! Die erste Voraussetzung dafür sind Reformen unserer Organisationsstruktur.
432

433 3. Sachsens LINKE 2015: Eine Partei zum Verändern!

434

435 3.1. Untrügliche Trends: Schlaglichter des Wahlergebnisses 2014

436 Wahlergebnisse sind Momentaufnahmen und abhängig von vielen Faktoren. Sie zeigen dennoch Entwicklun-
437 gen, die in die strategiebildende Analyse einbezogen werden müssen. Bei den Landtagswahlen 2014 setzte
438 sich für uns ein langfristiger Trend des Stimmenverlusts fort. Mit 18,9 % der Listenstimmen gegenüber 20,6
439 % im Jahr 2009 und 23,6 % bei den Wahlen 2004 fiel das Wahlergebnis erneut schlechter aus als zuvor. Aus-
440 sagekräftiger ist die absolute Zahl der Zweitstimmen: Diese stieg von 480.317 (1999) auf 490.488 (2004),
441 sank dann aber drastisch auf 370.359 (2009) und schließlich auf 309.568 (2014). Es ist uns noch nicht ge-
442 lungen, neue Wähler*innenschichten zu erschließen. ~~Auch eine Trendumkehr bei den Erststimmen ist bis~~
443 ~~lang nicht geglückt.~~ (Streichung Beschluss LaVo Klausur) Dies ist unabdingbar, wenn die parlamentarische
444 Macht der CDU gebrochen werden soll. 2014 gelang es in einigen großstädtischen Wahlkreisen beinahe und
445 in einem einzigen tatsächlich, ein Direktmandat zu erringen. Das belegt das Erfolgspotential zielgruppenspe-
446 zifischer Wähler*innenansprache, die soziodemografische Variablen und regionale Identitäten berücksichtigt
447 – Modellfälle für den ländlichen Raum, in dem die überwiegende Zahl der Wähler*innen lebt.
448

Vorschlag Ersetzung „zielgruppenspezifischer“ in Z. 445/446 durch „lebensweltlicher“ oder alternativ „mili- espezifischer“
--

449 Gegenüber 2009 haben wir mehr als 60.000 Zweitstimmen verloren. Davon gingen (saldiert) 31.000 Stim-
450 men auf das Konto demografischer Entwicklungen (38.000 Wähler*innen verstorben, 7.000 Erstwäh-
451 ler*innen gewonnen), 13.000 Stimmen an das Lager der Wahlverweigerer*innen, insgesamt 11.000 Stim-
452 men an andere Parteien – vor allem an die AfD –, 6.000 Stimmen entfielen durch Wegzug. Damit bildet die
453 sächsische LINKE keine Ausnahme von Bundes- oder Ostdeutschland-Trends. Allerdings ist die LINKE als
454 einzige Partei sowohl vom demografischen Wandel als auch von Binnenmigrationsbewegungen negativ be-
455 troffen. Der Blick auf die Altersstruktur unserer Wählerschaft zeigt zudem einen deutlichen Überhang der
456 über-60-jährigen Männer und Frauen, hingegen eine anhaltende Schwäche in den Altersgruppen zwischen
457 30 und 59 Jahren, bei den Jüngeren indes leichte Zugewinne. Vor diesem Hintergrund scheint es unsicher,
458 dass sich unsere Wahlergebnisse stabilisieren werden. Die demografisch bedingte Schrumpfung unseres
459 Wähler*innenpotentials bleibt problematisch, ebenso unsere strukturelle Schwäche bei jüngeren und berufs-
460 tätigen Wähler*innen (Analysen: Horst Kahrs). Hinzu kommt, dass sich der Verlust älterer Wähler*innen in
461 einem überschaubaren Zeitraum schlagartig beschleunigen wird, sobald diese ein hohes Alter erreichen.

462 Ein Blick auf die Struktur der sächsischen Wähler*innenschaft und die Wahlbeteiligung vermag dieses Bild
463 nur teilweise zu relativieren. Zwar ist die Zahl der Wahlberechtigten in Sachsen seit 1990 von etwa 3,7 Milli-
464 onen auf nur noch knapp 3,4 Millionen (2014) gesunken, die Zahl der Wähler*innen im gleichen Zeitraum
465 von 2,5 Millionen auf etwa 1,5 Millionen zurückgegangen. Der Anteil der Nichtwähler*innen an den Wahlbe-

466 rechtigten ist inzwischen aber von etwa 25 % auf mehr als 50 % gewachsen. Die Wahlbeteiligung ist in allen
467 sozialen Schichten rückläufig, am niedrigsten allerdings in einkommensarmen und bildungsfernen Bevölke-
468 rungsteilen. Hier zeigt sich ein ebenso wichtiger Ansatzpunkt für die strategische Wähler*innenansprache
469 wie bei unserer Schwäche in mittelalten Alterskohorten. Es gilt, unser Potential wieder auszuschöpfen – vor
470 allem bei jenen, die resigniert haben oder von uns keine Impulse erwarten.

471 So könnten wir auch unsere Stellung innerhalb des rot-rot-grünen Lagers, sofern es sich auf Landesebene
472 konstituiert, ausbauen. Denn das Kräfteverhältnis innerhalb dieser Dreierkonstellation hat sich in den ver-
473 gangenen fünfzehn Jahren zu unseren Ungunsten verändert. Entfielen 1999 auf die PDS noch 62,5 % der
474 Stimmen links der CDU, waren es 2004 noch 61 %, bei den Landtagswahlen 2009 54,8 % für DIE LINKE und
475 2014 noch 51,1 %. Innerhalb dieses Lagers gibt es starke Wanderungsbewegungen; seine Mobilisierungs-
476 kraft schwindet jedoch insgesamt. Konnten LINKE, SPD und Grüne 1999 noch 768.237 Zweitstimmen errin-
477 gen und diesen Wert 2004 auf 801.697 steigern, waren es 2009 nur noch 672.583 und 2014 schließlich
478 605.834 Zweitstimmen. Folglich benötigt Rot-Rot-Grün Zustrom von außerhalb und offenbar vor allem aus
479 der Gruppe der Wahlverweigerer*innen, wenn eine realistische Ablösungsperspektive entstehen soll.

480 **3.2. Mitgliedschaft, Präsenz, Geld: Strukturfragen sind Überlebensfragen**

481 Auch bei unserer Organisationsstruktur zeigt sich eher ein Abbau- als ein Aufbauprozess. Wichtigste Indika-
482 toren sind die Mitgliederzahlen und die Altersstruktur unserer Mitgliedschaft; von ihnen hängen unmittelbar
483 unsere Kampagnenfähigkeit und unsere Präsenz in der Fläche ab, ferner unsere Fähigkeit, Kandidierende für
484 Kommunalwahlen zu nominieren, und nicht zuletzt auch unsere Finanzkraft.

485 Die Zahl unserer Mitglieder hat sich wie in den anderen ostdeutschen Landesverbänden auch seit dem Jahr
486 2000 mehr als halbiert, was Stadt- und Kreisverbände in annähernd gleichem Maße betrifft, und liegt mitt-
487 lerweile bei etwa 9.000. Mehr als die Hälfte der sächsischen Genoss*innen sind älter als 71 Jahre. Die AL-
488 tersschichten zwischen 16 und 51 Jahren sind – mit einer kleinen positiven Ausnahme in jener der 26-30-
489 Jährigen – deutlich schwächer besetzt. Die Zahl der Orte, in denen kein einziges Parteimitglied mehr exis-
490 tiert, ist größer geworden. Trotz großen Einsatzes und starken Engagements liegt die Zahl derer, deren ge-
491 sundheitliche Verfassung eine aktive politische Betätigung zulässt, deutlich unterhalb der Gesamtmitglieder-
492 zahl. Insgesamt sind wir in vielen Landkreisen nur noch eingeschränkt wahrnehmbar. Vor allem in den länd-
493 lichen Gebieten wird es schwieriger, Parteistrukturen aufrechtzuerhalten. Darunter leidet auch das Mitglie-
494 derleben, das attraktiv sein muss, damit neue, jüngere Mitglieder gewonnen werden können. Vor allem dafür
495 brauchen wir neue Konzepte. Nicht nur bei der politischen Themenwahl und Zielgruppenansprache, sondern
496 auch bei der Mitgliederwerbung sollten wir zudem stärker die „mittelalten“ Bevölkerungsschichten in den
497 Blick nehmen.

498 Wenn wir dabei nicht vorankommen, sehen wir uns einem ähnlichen Problem gegenüber wie bei unserer
499 Wähler*innenschaft: Verluste in den stark besetzten höheren Altersgruppen werden sich eines Tages
500 schlagartig beschleunigen. Kann dies nicht kompensiert werden, wäre auch die finanzielle Abwärtsspirale
501 kaum aufzuhalten. Denn logischerweise stammt der Großteil des Beitragsaufkommens aus den am stärksten
502 besetzten, älteren Alterskohorten. Sinkt die Mitgliederzahl, gehen auch die staatlichen Zuschüsse zurück.

503 Das können wir uns nicht leisten. Denn es gibt einen dringenden Handlungsbedarf – zumal uns das Haus-
504 haltsjahr 2014 ein Defizit von mehr als 150.000 Euro eingebracht hat. Wir müssen gemeinsam überlegen,
505 wie wir unsere Kampfkraft in Zukunft erhalten, Strukturen so effizient wie möglich gestalten und das Bei-
506 tragsaufkommen wenigstens stabil halten können. Hier schließt sich der Kreis zur (Neu)Mitgliederzahl: Als
507 Partei, die nicht nur innerhalb der konkreten Lebenswelten von Milieus Politik macht, sondern auch selbst
508 ein lebenswertes Milieu bietet, können wir langfristig den Bestand unserer Organisation sichern.

509

510 4. DIE LINKE in Sachsen - strategische Orientierungen

511 Eingebettet in die Strategien und Kampagnen der Bundespartei, die das politische Profil der LINKEN auch
512 weiterhin entscheidend prägen werden, orientieren wir unsere politische Arbeit in Sachsen wie folgt:

513

514 4.1. Sicher sozial, sicher solidarisch

515 Weil wir die Partei der »sozialen Frage« sind, ist für DIE LINKE soziale Politik weit mehr als Sozialpolitik. Wir
516 benennen die Probleme der sozialen Sicherheit, der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Zusammenhalts
517 auf allen Politikfeldern, diese bilden unsere Leitorientierung. Darin besteht die Grundlage für unsere Allein-
518 stellungsmerkmale: prinzipiell sind für uns alle Politikfelder auch aus »sozialer Perspektive« zu bearbeiten.

519 Den neoliberalen Ansatz, Sozialpolitik auf Fürsorge zu reduzieren, lehnen wir ab. Linke Politiker_innen be-
520 greifen sich deshalb in ihren jeweiligen Fachgebieten immer auch als Sozialpolitiker_innen.

521 Unsere Politik für ein „Leben in Menschenwürde“ für alle in Sachsen lebenden Menschen richtet sich beson-
522 ders auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen, alle derer,
523 die in dieser Gesellschaft an den Rand gedrängt werden, von Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung be-
524 droht sind. Dies verstehen wir zugleich als wesentlichen Teil unseres politischen Angebotes an die - aus
525 sozialer Perspektive - „Mitte der Gesellschaft“, die sich von Abstiegsängsten bedroht und unter Druck ge-
526 setzt fühlt. Der Kampf für soziale Sicherheit betrifft bei weitem nicht nur die sozial am stärksten an den Rand
527 gedrängten Menschen in diesem Land. Es ist ein wesentliches Merkmal neoliberaler Politik, jegliche Sicher-
528 heiten und Regulierungen anzugreifen und wenn möglich aufzulösen, damit ist auch die sogenannte Mittel-
529 schicht vom sozialen Abstieg bedroht. Gerade in Sachsen trifft dies für erhebliche Teile der Bevölkerung
530 immer mehr zu.

531 Die sächsische LINKE stellt deshalb den Kampf für soziale Sicherheit in all ihren Aspekten in den Mittelpunkt
532 ihrer Arbeit. Der Widerstand und Kampf gegen sogenannte »prekäre«, also unsichere Arbeits- und Lebensbe-
533 dingungen kann selbstverständlich auf der politischen Ebene eines Bundeslandes nicht »gewonnen« werden.
534 Nichtsdestotrotz muss er auf dieser Ebene und auch auf allen Ebenen darunter geführt werden. Deshalb
535 unterstützen wir die Kampagne der Bundespartei gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen »Das muss
536 drin sein!«

537

538 In den neuen Bundesländern ist der soziale Druck im bundesweiten Vergleich mit Abstand am Höchsten.
539 Altersarmut und Kinderarmut, aber auch Armut trotz Arbeit, Frauenarmut und andere Spielarten von Armut
540 drohen nicht nur, sondern sind bereits der Fall und weiten sich aus. Die politischen Strategien der neolibera-
541 len Parteien, niedrige Löhne und reduzierte Arbeitnehmer_innenrechte als vermeintlich positive Standortfak-
542 toren zu fördern bzw. nicht im Ansatz konsequent zu bekämpfen, bilden eine wesentliche Ursache für diese

543 Situation. Unser Einsatz für soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt ist deshalb
544 auch Ausdruck unserer spezifischen »Ost-Kompetenz« - denn »Osten« bedeutet in diesem Land schändlicher
545 Weise auch oft genug »arm«, oft genug »abgehängt«, oft genug »ausgegrenzt«. Das wollen wir ändern.
546 »Soziale Sicherheit« muss weit über den engen Rahmen sozialpolitischen Handelns hinaus begriffen werden.
547 Es geht also dabei um mehr als den sogenannten »Sozialstaat«. Sozialstaatliche Errungenschaften zu erhal-
548 ten, deren Abbau zu verhindern und diese nach Möglichkeit auszubauen ist deshalb eine notwendige, aber
549 bei weitem nicht hinreichende Aufgabe, die wir LINKE im Kampf um soziale Sicherheit zu erfüllen haben.

Vorschlag Einfügung: „Auch die freie Entwicklung eines jeden Menschen, wie sie im Erfurter Programm der LINKEN als Voraussetzung der freien Entwicklung aller beschrieben ist, bedarf der Absicherung durch die Solidarität der gesamten Gesellschaft.“

550

551 Über diesen Rahmen hinaus wollen wir unseren Einsatz für soziale Sicherheit verstärkt auf den klassisch
552 landespolitischen Themenfeldern führen, aber auch wiederholt deutlich machen, dass der Kampf um soziale
553 Sicherheit kein Expert_innenthema ist, sondern Herzensangelegenheit aller LINKEN. Beispielhaft sind zu
554 nennen:

555

- 556 • der Einsatz für Lebens- und Arbeitsverhältnisse jenseits der Prekarität
- 557 • der Kampf für armutsfeste Renten und die Rentenangleichung, für eine Kindergrundsicherung und
558 eine sanktionsfreie Mindestsicherung

Einfügung – bereits Beschlusslage Landesvorstand:

- unsere Aktivitäten zur Rückabwicklung der HartzIV-Gesetzgebung sowie unsere Initiativen zur Linderung deren schlimmsten Auswirkungen
- unser Kampf gegen die Rente erst ab 67 und für die Herstellung der Renteneinheit zwischen Ost und West
- unser Einsatz für eine einheitliche Bürgerversicherung im Gesundheitswesen in Deutschland und gegen Pflegenotstand und Ärztemangel in Sachsen

559

560

561

562

563

564

565

566

567

568

569

570

571

572

- unser Einsatz gegen Abkommen wie TTIP oder CETA, die auf grundsätzliche Art und Weise die demokratische und soziale Gestaltung unserer Gesellschaft gefährden
- gute Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein
- der Zugang zu Kulturgütern darf nicht Oberschichten und Besserverdienenden vorbehalten sein
- öffentliche Sicherheit muss für alle Einwohner_innen gewährleistet sein
- eine bessere, auskömmliche Kommunalfinanzierung muss die sächsischen Städte und Gemeinden als lebenswerte Orte sichern
- die Sicherung des öffentlichen Eigentums auf allen Ebenen und damit der Widerstand gegen Privatisierungsbestrebungen insbesondere im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge
- der öffentliche Verkehr muss in allen Regionen des Freistaates und für alle Personengruppen in umfänglicher Weise sicher gestellt sein
- eine inklusive Gesellschaft und umfassende Barrierefreiheit nützt allen Menschen
- Geschlechtergerechtigkeit im Querschnitt aller politischen Themen
- Kinder- und Jugendarbeit als insbesondere für sozial Ausgegrenzte wichtige Aufgabe

- 573 • eine gute wirtschaftliche Entwicklung in allen Landesteilen sichert die Möglichkeit guter Arbeit
- 574 • betriebliche Mitbestimmungsrechte erhalten und ausbauen
- 575 • demokratische Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an der politischen Gestaltung durch
- 576 Ausbau der Mitgestaltungsmöglichkeiten, wie z.B. Bürgerbegehren oder Volksentscheide
- 577 • die sozial-ökologisch nachhaltige Gestaltung von Wirtschaft und Landwirtschaft sichert die Lebens-
- 578 grundlagen für alle Menschen
- 579 • die Sicherheit, kein Opfer rassistischer, fremdenfeindlicher oder anderer diskriminierender Gewaltta-
- 580 ten, Kränkungen oder Ausgrenzung zu werden, ist Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe
- 581 am öffentlichen Leben

582

583 4.2. Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit

584 Soziale Sicherheit langfristig zu ermöglichen, stellt unter den Bedingungen der stetig und beschleunigt fort-

585 schreitenden Entwicklung der Produktivkräfte eine besondere Herausforderung dar. Die umfängliche Digita-

586 lisierung und Automatisierung des produktiven Sektors sowie die beständige Ausweitung des Dienstleis-

587 tungssektors verändern die Arbeits- und Produktionswelt auf grundsätzliche Weise. Die Globalisierung nicht

588 nur der Produktion, sondern auch großer Dienstleistungsbereiche ist eine nicht ignorierbare Tatsache. Die

589 beständige Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse hat »zum großen Bedauern der Reaktionäre den

590 nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen«. Unsere Antworten auf die daraus entstehen-

591 den sozialen Verwerfungen müssen mit den immer schnelleren Entwicklungen in der Ökonomie Schritt hal-

592 ten. DIE LINKE muss viel stärker wieder die Partei des Fortschritts sein. Dabei dürfen wir Fortschritt nicht

593 auf die dynamische Entwicklung im produktiven Bereich reduzieren. Unsere Verantwortung besteht vielmehr

594 darin, Fortschritt gesellschaftlich zu verstehen. Ökonomischer Fortschritt ohne sozialen Fortschritt spaltet

595 die Gesellschaft. Es ist deshalb angemessen, über Modelle nachzudenken und entsprechende Konzepte zu

596 entwickeln, die dem gesamtgesellschaftlichen Charakter der Produktion entsprechen. Dazu gehören aus-

597 drücklich auch Vorschläge wie die solidarische Mindestrente, eine Kindergrundsicherung, eine sanktionsfreie

598 Mindestsicherung, oder, darüber hinausgehend, ein Grundeinkommen. Wer der sozialen Sicherheit den poli-

599 tischen Vorrang gibt, darf sich von häufig neoliberal begründeten Denkverboten nicht schrecken lassen.

600

601 Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit können Orientierungsmarken einer zukunftsorientierten Politik sein.

602 Fortschritt heißt, dass auf hochtechnologischer Basis ein Wachstum erreicht wird, das den Reichtum aller

603 mehrt und ökologisch nachhaltig ist. Gerechtigkeit heißt, dass alle Arbeit haben, von der sie gut leben kön-

604 nen; dass allen gleiche Berufs-, Bildungs- und Zukunftschancen zuteil werden; dass der Reichtum gerecht

605 verteilt wird, um genau diese Aufgaben bewältigen zu können – von oben nach unten auf nationalstaatlicher

606 Ebene, aber auch global von reicheren zu ärmeren Nationalstaaten. Eine Politik globaler Gerechtigkeit ist

607 zugleich elementare Voraussetzung für die größtmögliche Freiheit eines jeden und damit auch derjenigen,

608 die bis dato von solchen Freiheitsgütern abgeschnitten sind. Umgekehrt bedarf es der Durchsetzung politi-

609 scher Grund- und Freiheitsrechte, ohne die es nicht zur Verwirklichung einer sozial gerechten und um- welt-

610 verträglichen Welt kommen wird.

611 Wir stehen für eine Politik, mit der der Trend zur De-Industrialisierung in Europa umgekehrt wird und der

612 Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung auf hochtechnologischer Basis (etwa Industrie

613 4.0) wieder steigt. Gewiss wird Technik im Kapitalismus zuweilen missbraucht und deformiert, aber im Gan-
614 zen ist Technik eher Teil der Lösung als Teil des Problems. Wir brauchen technischen Fortschritt, der Le-
615 bensqualität erhöht und Probleme löst. DIE LINKE muss aufzeigen, welcher Fortschritt durch moderne Pro-
616 duktionsverhältnisse und Produktivkräfte entfesselt werden könnte, der durch falsche Strukturen und Politik
617 blockiert wird. Es geht nicht darum, die bürgerliche Gesellschaft abzuschaffen, sondern sie »aufzuheben«,
618 indem ihre zerstörerischen Tendenzen beseitigt, ihre Fortschrittpotenziale aber beibehalten und ausgebaut
619 werden. An der begonnenen Emanzipation des Individuums aus den Fesseln archaischer vormoderner Ge-
620 meinschaften muss DIE LINKE also festhalten und die Freiheitsrechte der Individuen entschlossen gegen
621 ihre Feinde verteidigen. Als Sozialisten kritisieren wir die bürgerliche Gesellschaft nicht dafür, dass sie Frei-
622 heits- und Individualrechte hervorgebracht hat. Wir kritisieren die bürgerliche Gesellschaft dafür, dass sie in
623 ihrem Inneren Gewalttätigkeit, Ausschluss und Ungleichheit produziert.

624 Wenn die neue Gesellschaft im Schoße der alten entsteht, muss DIE LINKE selbst die Entfaltung der Produk-
625 tivkräfte wollen. Viele Menschen erleben schon heute oftmals größere Freiheitsspielräume als früher: weni-
626 ger Patriarchat, weniger Fabrikdisziplin, mehr digitale Zugänge, mehr individuelle Ansprüche, mehr Bildung,
627 ein Zuwachs an »general intellect« (Marx). DIE LINKE tut also gut daran, das Freiheitsversprechen der bürger-
628 lichen Gesellschaft gegen die unvollkommene Wirklichkeit zu mobilisieren und Menschen dazu einzuladen,
629 an der gesellschaftlichen Transformation für eine bessere Welt mitzuwirken.

630 Die Mammutaufgabe, vor der die gesellschaftliche Linke steht, ist der Einstieg in eine solidarische Ökono-
631 mie, in der sich makroökonomische Steuerung, Umverteilung von Einkommen und Arbeitszeit, hochtechno-
632 logische Investitionspolitik für moderne industrielle Kerne, Entwicklung moderner technikbasierter Dienst-
633 leistungen, individualitätsstützende Sozialpolitik und neue Formen des Öffentlichen ergänzen.

634 Qualitätsbewusste Warenproduktion und Produktivitätssteigerung durch Innovation, technischen Fortschritt
635 und industrielle Investitionen begrüßen wir ausdrücklich. Eine solche Industriepolitik müsste auch sinnvolle
636 private Investitionen befördern. Klar ist aber auch, dass mehr öffentliche Investitionen getätigt werden müs-
637 sen und manche Privatisierung rückgängig zu machen ist. Investive, technikbasierte Aktivitäten richten sich
638 zweifellos auch auf die Produktion materieller Güter, aber nicht ausschließlich. Es geht auch darum, für eine
639 höhere Lebensqualität den ökologischen Umbau von Produktion, Verkehr und Infrastruktur voranzutreiben,
640 die öffentliche Daseinsvorsorge und die Sozialsysteme zu stützen, moderne Dienstleistungen zu fördern und
641 der digitalisierten Wissensökonomie den Weg zu ebnen.

642 Von besonderer Bedeutung wird das Verhältnis von Industriepolitik und ökologischem Umbau sein. Wichti-
643 ges Ziel technikbasierter Investitionen ist es, den Einsatz nicht-erneuerbarer Ressourcen zu reduzieren,
644 Energieeffizienz zu erhöhen und die Entwicklung regenerativer Energiequellen voranzutreiben. Nötig ist es,
645 unmittelbare Aktivitäten von Gebietskörperschaften und öffentlichen Unternehmen in Richtung des technik-
646 basierten ökologischen Umbaus voranzutreiben sowie private Aktivitäten durch direkte Vorgaben und In-
647 strumente politischer Marktsteuerung zu regulieren.

648

649 4.3. Konsequent gegen gesellschaftliche Rechtsentwicklungen, konsequent im Kampf für Frieden

650 Der rassistische, antifeministische und homophobe Schulterschluss von biedereren Wutbürgern und beken-
651 nenden Neonazis im Rahmen der diversen *GIDA - Demonstrationen ist eine brandgefährliche Mischung. In
652 diesem Zusammenhang gedeiht eine Pogromstimmung gegen Migrant_innen, aber auch gegen andere ge-

653 gesellschaftliche Gruppen. Diese Entwicklung wurde nach Kräften durch das unverantwortliche Gerede über
654 Wirtschaftsflüchtlinge und Asylmissbrauch in den Parteien der Regierungskoalition befeuert. Rechte Ratten-
655 fänger haben so leichtes Spiel, die diffuse Unzufriedenheit gegen die als alternativlos dargestellte Politik der
656 Bundesregierung in Hass auf alles vermeintlich Fremde zu kanalisieren.

657 Diese Bündnisse betten sich in einen vorherrschenden gesellschaftlichen Rechtsruck ein. Das gesellschaftli-
658 che Klima erinnert vielerorts stark an die 1990er Jahre. Die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsheime war
659 bereits 2014 höher als 2012 und 2013 zusammen.

660 Auch wenn im Zusammenhang mit diesen *GIDA - Demonstrationen auch soziale Missstände, Demokra-
661 tiedefizite und teilweise auch individuelle soziale Notsituationen artikuliert wurden, trifft dies nicht das We-
662 sen dieser Bewegung, die im Kern rassistisch und menschenverachtend ist. Dieses menschenfeindliche
663 Denken ist nicht erst seit neuestem Bestandteil des politischen Bewusstseins breiter Teile der Gesellschaft.
664 Allerdings ist und bleibt es eine Lüge, wenn auf diversen *GIDA - Veranstaltungen die Behauptung „Wir sind
665 das Volk!“ aufgestellt wird.

666 „Mit dem Gesicht zum Volke“ kann für DIE LINKE nur heißen, an der Seite all jener zu stehen, die fast überall
667 in Deutschland auf den Straßen und Plätzen in der Mehrheit gegen diese *GIDA - Veranstaltungen sind. DIE
668 LINKE unterstützt und organisiert auch in Sachsen den Widerstand und engagiert sich insbesondere in der
669 Unterstützung von Flüchtlingen und anderen durch gruppenbezogene Diskriminierungen betroffene Men-
670 schen. Wir wissen, dass wir dafür auch auf erheblichen Widerstand stoßen, dass wir selbst zu Zielen des
671 menschenfeindlichen Hasses werden - ob durch verstärkte Angriffe auf unsere Versammlungs- und Arbeits-
672 räume oder auf uns als öffentlich erkennbare LINKE. Dies war nicht nur in den vergangenen Wahlkämpfen
673 bemerkbar, ebenso wie die Ankündigung, uns wegen unserer politischen Positionen auf diesem Themenfeld
674 nicht mehr zu wählen. Allerdings ist unsere politische Position, die im Erfurter Programm wie folgt formuliert
675 ist „Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir fordern offene Grenzen
676 für alle Menschen.“ kein Gegenstand wahlarithmetischer Erwägungen. Die Aufgabe für DIE LINKE besteht
677 darin, klar und konsequent Haltung zu zeigen und sich nicht vermeintlichen Mehrheiten anzubiedern.

678
679 DIE LINKE Sachsen teilt selbstverständlich die friedenspolitischen Positionen des Parteivorstandes der LIN-
680 KEN. DIE LINKE unterstützt mit allem Engagement die Aktivitäten der Friedensbewegung und der antimilita-
681 ristischen Initiativen gegen Krieg. DIE LINKE steht an der Seite aller Menschen, die sich aus Sorge um eine
682 weitere Eskalation zum Beispiel im Ukraine-Konflikt friedenspolitisch engagieren und ihren Protest auf die
683 Straße tragen. Deshalb unterstützen wir jeden Ansatz für Antikriegsbündnisse und Zusammenarbeit mit Ba-
684 sisinitiativen, Friedensgruppen und anderen demokratischen Kräften, um dem Friedenswillen öffentliche
685 Aufmerksamkeit zu verschaffen.

686 Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Ukraine wird noch lange anhalten und damit auch die Kriegsge-
687 fahr. DIE LINKE distanziert sich unmissverständlich von Aktivitäten von Rechtspopulisten, Nationalisten,
688 Verschwörungstheoretikern und Antisemiten, die die Sorge vor Krieg und Eskalation zum Anlass nehmen, um
689 auf „Montagsmahnwachen“ oder „Montagsdemonstrationen“ rechtspopulistische Welterklärungsmuster und
690 „Querfront“-Strategien salonfähig zu machen. DIE LINKE wird mit diesen Kräften ganz grundsätzlich nicht
691 zusammenarbeiten. Was als „überparteilich“ dargestellt wird, ist am Ende nicht selten die Propagierung von
692 Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und Homo-/Trans*feindlichkeit. Das lehnen wir ohne Wenn und

693 Aber ab. DIE LINKE wird alles unternehmen, um durch Aufklärung und Informationsarbeit auf den rechtspo-
694 pulistischen Charakter dieser Veranstaltungen und der Rhetorik der Organisatoren der „Montagsdemonstra-
695 tionen“ hinzuweisen. Anstatt der Verklärung und Verwischung der existierenden Widersprüche in unserer
696 Gesellschaft den Boden zu bereiten, setzen wir auf einen klaren Trennungsstrich gegenüber den unter „Kapi-
697 talismuskritik“ firmierenden rechten und neurechten Ideologien. Diese sind letztlich nichts anderes als die
698 Konstituierung von „Sündenböcken“ in der Rhetorik der Kapitalistenkritik, die auch im rechten und nationa-
699 listischen Diskurs eine lange Tradition hat. Das am 8. Mai 2015 auch die NPD mit ihrer Kampagne „Frieden,
700 Freiheit, Souveränität“ auf diesen Zug aufgesprungen ist, ist nur ein weiterer Beleg für die Notwendigkeit,
701 klar Position zu beziehen. „Kein Fußbreit den Faschisten“ muss auch und gerade in der Friedensbewegung
702 gelten.

703

704 5. LINKE Politik für den ländlichen Raum

705 Besonderes Augenmerk müssen wir in den kommenden Jahren darauf legen, für die Regionen außerhalb der
706 ganz großen Städte attraktive und realistische Politikangebote zu entwickeln.

Vorschlag Einfügung: „Dabei wollen wir auf der Ebene der Landkreise mit an linken Zukunftskonzepten arbei-
ten, welche Perspektiven aufzeigen, uns aber auch in den Kommunen mit konkreten Vorstellungen und Vor-
schlägen einbringen. Im Mittelpunkt steht dabei für uns immer ein politischer Dialog mit den Menschen.
Es wird nicht möglich sein, das eine Konzept für den ländlichen Raum zu entwerfen. Dafür sind die sächsi-
schen Regionen zu unterschiedlich und in sich zu heterogen. Uns ist deshalb eine sehr konkrete, ortsbezo-
gene und kleinteilige Herangehensweise wichtig, welche lebensweltliche Anknüpfungspunkte bietet und den
Bedürfnissen nach gleichwertigen Lebensbedingungen gerecht wird. Darin liegt die eigentliche Herausforde-
rung.“

707

708 5.1. Tätigkeit und Leben im ländlichen Raum müssen vereinbar sein

709 Zum Leben der meisten Menschen gehört eine Tätigkeit, die nicht nur reiner Broterwerb ist, sondern in ge-
710 wissem Maße auch erfüllen soll, hinzu. Dies steht und fällt nicht nur mit angemessenen Arbeitsbedingungen,
711 sondern auch mit einer ordentlichen Vergütung. Die Niedriglohnstrategie der CDU der letzten 25 Jahre stellt
712 uns gerade jetzt in den ländlichen Räumen vor Scherbenhaufen. Das Lohnniveau ist so niedrig, dass viele
713 Aufstocken müssen, um überhaupt über den Monat zu kommen. Und es ist ein endloser Kreislauf. Niedrige
714 Einkommen, geringe Kaufkraft – ein Schleife, aus der ohne arbeitsmarktpolitische Interventionen nicht raus-
715 zukommen ist. Die Kaufkraft durch ordentliche Bezahlung wiederum ist wichtiger Baustein für Lebensqualität
716 und regionale Wirtschaftskreisläufe. Wenn Ausflüge ins urbane Leben möglich sind, dann ist evtl. auch das
717 Leben im ländlichen Raum attraktiver. Es ist Kaufkraft nötig, um einheimischen Produkten den Vorzug zu
718 geben.

719 Kurz: Wir brauchen arbeitsmarktpolitische Programme für die ländlichen Regionen in Sachsen, aber auch
720 eine Perspektive die über die klassischen Grenzen des ersten Arbeitsmarktes hinausweist.

721

722 5.2. Infrastruktur–Abstrakter Begriff und konkrete Lebenswirklichkeit

723 Ob Menschen ihr Leben im ländlichen Raum lebenswert gestalten können, hängt nicht zuletzt vom abstrak-
724 ten Begriff der Infrastruktur ab. So ist beispielsweise die Frage der Mobilität entscheidend für die Möglich-

725 keit, einen Wohnort im ländlichen Raum mit dem Arbeitsplatz und attraktiven kulturellen Angeboten zu ver-
726 knüpfen. Das bedeutet, dass die Landkreise und Gemeinden hier Lösungen für attraktiven ÖPNV anbieten
727 müssen.

728 Menschen brauchen Orte des Lebens und Orte des Treffens. Für den ländlichen Raum sind das nicht zuletzt
729 beispielsweise Gast- oder BürgerInnenhäuser, die es zu erhalten und als generationenübergreifende Angebo-
730 te zu etablieren gilt.

731 Zu attraktiven Lebensräumen gehören auch Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Dabei muss der ländliche
732 Raum nicht zwangsläufig in Konkurrenz mit Großstädten treten – kann er auch nicht, denn ein solch geball-
733 tes kulturelles, sportliches Angebot bzw. Freizeitangebote auf engstem Raum wird in der Fläche nicht abzu-
734 sichern sein. Aber dennoch bedarf es einer Grundstruktur. Diese muss allen Altersgruppen gerecht werden,
735 kann und sollte auch generationenübergreifend gestaltet werden. Genau das macht den Zusammenhalt in
736 ländlichen Regionen aus. Dabei können zum Beispiel auch touristische Angebote mit denen für die in der
737 Region lebende Bevölkerung verknüpft werden.

738 Um in einer Region zu bleiben, bedarf es perspektivisch eines ausreichenden Angebotes gesundheitlicher
739 Versorgung. Ärzte und Fachärzte sind genauso notwendige wie eine ausreichende Anzahl an Pflegekräften.
740 Derzeit ist weder vom Freistaat Sachsen, noch von den Landkreisen eine ernsthafte Auseinandersetzung und
741 konzeptionelle Arbeit hinsichtlich des Ärzte- und Pflegepersonalmangels zu sehen – von vorsichtigen Versu-
742 chen, wie Förderstipendien für angehende Ärzte mal abgesehen. Die Gestaltung einer flächendeckenden
743 Gesundheitsversorgung ist eine weitere entscheidende Säule für ein gutes Leben im ländlichen Raum. Zumal
744 dies nicht nur ein Problem der Älteren ist, die sich einen würdevollen Lebensabend verdient haben. Sondern
745 diese Frage ist auch für junge Menschen und Familien entscheidend, wenn sie überlegen, wo sie leben und
746 bleiben wollen.

747 Schulen und Kitas sind wichtige Faktoren für Familien, um sesshaft zu werden. Es kann nicht sein, dass in
748 den ländlichen Regionen mehr und mehr freien Schulen die Versorgungsaufgabe staatlicher Schulen über-
749 nehmen. Auch hier sind wir noch konzeptionslos.

750

751 5.3. Ungeregelte Unternehmens- und Praxisnachfolgen

752 Insbesondere in den ostdeutschen ländlichen Regionen werden Unternehmens- und Praxisnachfolgen zum
753 Problem. Familienbetriebe werden nicht von den nachfolgenden Generationen übernommen, weil die Rah-
754 menbedingungen nicht stimmen.

755 Gerade aber die kleineren Betriebe stellen einen erheblichen Teil an Infrastruktur im ländlichen Raum. Wenn
756 diese wegbricht, wird Leben im ländlichen Raum noch unattraktiver. Auch hier ist konzeptionelle Arbeit nö-
757 tig. Neben der Schaffung und dem Erhalt von Rahmenbedingungen und Infrastruktur sollte es hier Förder-
758 programme geben. Das gleiche gilt für die Praxisnachfolge.

759 Hier reichen vermutlich auch keine Anreize, die zwei Jahre andauern, sondern es braucht ganzheitlicher An-
760 sätze. Bereits in Berufsausbildung und Studium sollte für den ländlichen Raum geworben werden und auch
761 die Ausbildung den Besonderheiten entsprechend ausgerichtet werden. Weiterhin müssen diejenigen, die
762 eine Start in ländlichen Regionen wagen, auch die Gewähr haben, dass die Rahmenbedingungen stabil blei-
763 ben, angefangen bei ausgebildeten Arbeitskräften, weitergehend über Unterstützung bei der Nutzung beste-
764 hender Förderprogramm, aber auch Beratungen, in Zeiten, in den die Geschäfte nicht so gut laufen.

765

766 5.4. Regionale Wirtschaftskreisläufe

767 Parteiübergreifend wird seit Jahren die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe beschworen. Die zu
768 beantwortende Frage ist die der konkreten Umsetzung. Welche Möglichkeiten hat der Freistaat, um das zu
769 unterstützen? Wie können die Landkreise aktiv werden? Welche Rolle spielen die vergleichsweise niedrigen
770 Einkommen im ländlichen Raum? Wie schafft man es, auch bei den in den Regionen lebenden Menschen
771 mehr Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Dienstleistungen und Produkte aus der Region bezogen werden
772 müssen? Reichen dafür wirklich Imagekampagnen oder bedarf es mehr? Wir brauchen hier Ansätze und Kon-
773 zepte, denn auch die wirtschaftliche Schere zwischen Stadt und Land darf nicht noch weiter auseinander
774 klaffen. Und wenn wir unseren Ansatz, dass wir Politik mit den Menschen für die Menschen machen wollen,
775 ist es oberstes Gebot, auch über wirtschaftliche Strukturen in den ländlichen Regionen tiefgreifender als
776 bisher zu reden.

777

778 5.5. Beteiligung von Menschen und breite Information

779 In ländlichen Räumen hat man das Gefühl, dass sich Politik und Verwaltung miteinander zurecht geschaukelt
780 haben. Man kennt sich über Jahre persönlich und will sich auch nicht wehtun. Aber genau das tut Entwick-
781 lung in den Regionen weh und am der Gesellschaft im ländlichen Raum. Politik im Meinungsstreit zu entwi-
782 ckeln hat das letzte Mal vermutlich vor 20 Jahren stattgefunden. Eher zeichnet sich ein Bild, dass alle ihre
783 Pflicht tun und mehr oder weniger ratlos sind.

784 Hier müssen wir als LINKE aktivieren und im Meinungsstreit, Austausch und Debatte mit unseren Positionen
785 informieren und Licht ins Politikdunkel bringen. Landkreisinformationssysteme, die Menschen allen Alters
786 gerecht werden und die Mindeststandards an Transparenz entsprechen, sind ein interessanter Ansatz.

787

788 5.6. Junge Menschen und Landleben – geht das noch zusammen?

789 In ländlichen Regionen wird viel über junge Menschen geredet, aber nicht mit ihnen. Das ist problematisch,
790 weil es keine Befragungen, Erhebungen und Debatten dazu gibt, was sich der jüngere Teil der Bevölkerung
791 von ihrer Region wünscht, was sie überzeugen könnte, zu bleiben.

792 Die jüngere Generation und deren Infrastrukturwünsche und -bedürfnisse vor Ort bleiben oft auf der Strecke.
793 Insbesondere die in den Landkreisen flächendeckend in Verantwortung stehende CDU ist entweder nicht
794 gewillt, das Demografieproblem zu lösen, oder die Ideenlosigkeit hat sie so lethargisch gemacht, dass auf
795 diesem Gebiet so gut wie nichts passiert.

Vorschlag Einfügung: „In manchen Regionen Sachsen ziehen insbesondere auch jüngere Frauen vermehrt weg, weil sie z.B. perspektivisch keine Beschäftigung finden. Dementsprechend müssen die Bedürfnisse von Frauen und die Entwicklung von ernsthaften Perspektiven für den weiblichen Teil der Bevölkerung bei allen zu bearbeitenden Politikfeldern im Besonderen mitgedacht werden.“

796 Hier sind unsere Kreistagsfraktionen, die Gemeinderäte, aber auch die Landtagsfraktion gefragt.

797

798 5.7. Neue Debatte über Gemeingüter

799 Für die städtischen Räume werden derzeit sehr linke und progressive Debatten geführt, zum Beispiel zu Ge-
800 meingütern oder der Allmende als eine Rechtsform des gemeinschaftlichen Eigentums. Dort ist diese Dis-

801 kussion im linken Spektrum schon sehr weit vorgedrungen. Im ländlichen Raum spielen solche Ansätze bis-
802 her kaum eine Rolle. Diesen Ansätze einen breiteren Raum in unserer Politikentwicklung zu geben um dar-
803 aus ggf. Lösungen für einige der Probleme im ländlichen Raum zu entwickeln, kann eine Aufgabe der nahe
804 liegenden Zukunft sein.

805 Einfach ist die Debatte um Gemeingüter für uns LINKE nicht, denn die Logik dieser Debatte fußt beispiels-
806 weise einer Vorstellung von weniger Staat. Aber eben zugleich auch auf weniger Markt und mehr Gemein-
807 schaft – diese beiden Gedanken sind uns sehr nahe. Es geht darum, jenseits von Markt und Staat Entfal-
808 tungsmöglichkeiten für den Einzelnen und gleichzeitig auch bessere Lebensqualität für alle zu bieten. Der
809 Grundgedanke der Allmende hingegen bezeichnet Gemeinschafts- oder Genossenschaftsbesitz abseits von
810 ausgewiesenen landwirtschaftlichen Nutzflächen zum Beispiel. Die Allmende ist im Grunde Teil des Gemein-
811 devermögens, der in Büchern nicht auftaucht, aber von allen genutzt wird. Darunter fallen abseits gelegene
812 Wege, Wälder oder auch der Löschteich.

813 Unter dieser Idee finden sich Nahversorgungsläden, die von Bürgerinnen und Bürgern z.B. genossenschaft-
814 lich betrieben werden, um die Infrastruktur zu erhalten. Diese Vereins- und Genossenschaftsstrukturen wer-
815 den im österreichischen Raum von Land und Gemeinden unterstützt und durch finanzielle Beiträge aus der
816 Bevölkerung getragen. In ganz Europa bauen mehr und mehr Menschen eine sog. solidarische Landwirt-
817 schaft in Form von Genossenschaften von unten auf und schaffen Ernährungssouveränität – weil sie nicht
818 warten wollen, bis sich Politik ihren Problemen zuwendet. Auch wenn wir LINKE zuerst den Staat in der
819 Pflicht sehen, sollten wir aufgeschlossen sein gegenüber solchen Selbstermächtigungsmodellen und diese
820 Debatte auf den ländlichen Raum übertragen.

821

822 5.8. Klamme Kassen als Verhinderer – nicht mit uns

823 Seit Jahren werden die Kreise und Gemeinden ausgeblutet. Kein Wunder, dass landauf landab Probleme
824 entstehen. Wir LINKEN haben hier die Aufgabe, wieder mehr in den Mittelpunkt zu rücken, dass ländliche
825 Regionen eine ausreichende Finanzausstattung brauchen. Dabei ist die schwarze Null nicht unser Gebot der
826 Stunde, sondern das, was vor Ort nötig ist. Die Parteidisziplin von CDU-Landräten und BürgermeisterInnen,
827 unbedingt ausgeglichene Haushalte vorlegen zu wollen, schaden Sachsen und seinen Regionen auf lange
828 Sicht. Damit wird an notwendigen Investitionen gespart, welche für die Attraktivität des ländlichen Raum
829 unabdingbar sind und für die Lebensqualität notwendig. Auch hier sind wir wieder bei Fragen des OPNV,
830 Schulen, Kitas usw. Das müssen wir deutlicher benennen und gegen den Strom schwimmen.

831 Es braucht mehr noch Töpfe, über die die Menschen in den Regionen entscheiden können, wo sie ihre Priori-
832 täten setzen können, mit Hilfe derer bürgerschaftliches Engagement befördert wird und wieder Entschei-
833 dungsbefugnisse an Menschen delegiert wird, die sich nicht zur Wahl gestellt haben.

834

835 5.9. LINKE Kreispolitik

836 Wir brauchen Dynamik und Schwung in den Debatten für den ländlichen Raum und wir sollten mutige Forde-
837 rungen aufmachen und mutige Konzepte entwickeln. Denn die meisten Dinge sind machbar, wenn alle Ebe-
838 nen zusammen wirken.

Vorschlag Einfügung: „Weiterhin darf Kreispolitik keine „Politik der Gemeinderäte oder BürgermeisterInnen“ im Kreistag sein, sondern muss sich auf den gesamten Kreis fokussieren. Nach wir vor liegt hierin eine Herausforderung, die sich mit der Funktional- und Verwaltungsreform nochmals verschärft hat.“

839 Wir müssen aufzeigen, wie es besser geht und brauchen uns dabei nicht an den Sachzwängen der Regieren-
840 den orientieren, sondern an unseren linken Leitbildern.

Vorschlag Einfügung: „Dafür bedarf es AkteurInnen vor Ort, auf deren Suche wir uns stärker begeben müssen, denn die einstimmig beschlossenen Personalentwicklungskonzepte waren nur bedingt fruchtbar. Innerparteilich brauchen wir hier dezentrale Ansätze, um wieder politische AkteurInnen einzubinden, die auch in Zukunft DIE LINKE-Fahne in der Fläche hoch halten.“

841 Wir sind diejenigen, die informieren, bürgernah Informationen aufbereiten und zur Verfügung stellen, kritisch
842 hinterfragen. Wir sind diejenigen, die Menschen einbinden und mitnehmen.

843 Dabei können wir natürlich nicht jede Sau durchs Dorf jagen, aber können uns vor Ort auf machbare Verän-
844 derungsprojekte konzentrieren – in den Bereichen Transparenz, BürgerInnenbeteiligung, bürgerschaftliche
845 Projekte, Zukunft der Landkreise.

Vorschlag Einfügung: „Es macht den Anschein, als ob Frauen sich politisch in anderer Art und Weise als Männer, nämlich sehr konkret vor Ort einbringen. Dafür binden sie sich weniger stark an politische Organisationen. Auch hier liegt für uns eine Chance, denn mit einer Ermöglichungshaltung und der politischen Beachtung der Bedürfnisse des weiblichen Teils der Bevölkerung können wir hier handlungsstarke AkteurInnen gewinnen. Gerade im ländlichen Raum ist Politik oft eine Männerdomäne – das muss so nicht bleiben.“

Kommunalpolitik muss nicht langweilig sein. Schon allein das innerliche Entziehen vom Sachzwangargument verschafft uns Freiheit und Potentiale für innovative Ideen.

846

847 **6. Außerparlamentarische Verankerung**

848 Auch auf dem Gebiet der außerparlamentarischen Verankerung ist das Programm unserer Partei richtungs-
849 weisend für die vor uns stehenden Aufgaben. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Gedanke, dass sich
850 DIE LINKE entsprechend des Erfurter Programms als „lernende Partei“ versteht. Wir wollen gemeinsam mit
851 den Menschen in Sachsen Politik gestalten. Wir wissen, dass wir unsere Vorstellungen von einer besseren
852 Gesellschaft weder allein noch gegen gesellschaftliche Mehrheiten umsetzen können. Wir wollen auch hier
853 im Freistaat Konzepte aus der Gesellschaft aufgreifen, eigene entwickeln und breite gesellschaftliche Mehr-
854 heiten gewinnen. Ein politischer Richtungswechsel und gesellschaftliche Veränderungen lassen sich auch
855 auf der Ebene eines Bundeslandes nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen. Er kann nur gelin-
856 gen in einem Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und im
parlamentarischen Bereich.

857 Wir arbeiten auch in Sachsen für ein Bündnis, welches sowohl Lohnabhängige und sozial Benachteiligte wie
858 bedrohte Mittelschichten und andere sozial, libertär und humanitär orientierte Milieus anspricht. Wir gehen
859 von den gemeinsamen Interessen abhängig arbeitender, erwerbsloser und diskriminierter Menschen im Frei-
860 staat und ihren konkreten Problemen aus. Dieses Bündnis muss Gewerkschaften, globalisierungskritische
861 und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und
862 Kultur und der parteipolitischen Linken umfassen. Wir unterstützen Zusammenschlüsse gegen Neofaschis-
863 mus, Rassismus, Antisemitismus und und wollen mit allen

864 zusammenwirken, die sich für soziale Gerechtigkeit, für bessere Bildung, Emanzipation und mehr Demokra-
865 tie, Frieden und für den Erhalt der Natur einsetzen. Auf Grundlage solcher Bündnisse und ihrer Aktivitäten
866 kann der außerparlamentarischen Druck entstehen, der die Interessen vieler Bevölkerungsgruppen artiku-
867 liert. DIE LINKE ist in Sachsen sowohl auf Landesebene als auch in vielen Städten und Gemeinden immanen-
868 ter Bestandteil solcher Bündnisse der außerparlamentarischen Bewegungen. Dieses Wirken muss auch in
869 Zukunft beibehalten und nach Kräften ausgebaut werden. Das ermöglicht uns, entsprechende Initiativen in
870 die Parlamente zu tragen, um dort glaubhaft um Mehrheiten ringen zu können. Deshalb ist für DIE LINKE
871 weiterhin das Außerparlamentarische das Entscheidende im Wechselspiel mit dem Parlamentarischen.

872 Für die Durchsetzung eines politischen Richtungswechsels und einer solidarischen Umgestaltung brauchen
873 wir starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften. Sie agieren nicht nur
874 in der Zivilgesellschaft, sondern sind auch in der Arbeitswelt verankert. Dies verleiht den gewerkschaftlich
875 organisierten Beschäftigten eine gesellschaftliche Machtposition, die von zentraler Bedeutung für die Durch-
876 setzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen ist. Soziale Bewegungen mit ihren beweglich agieren-
877 den, kampagnenfähigen Netzwerken und unabhängigen Strukturen haben ebenfalls eine herausragende
878 Bedeutung für die Durchsetzung gesellschaftlicher Veränderungen.

879 Selbstverständlich beteiligen wir uns nur an solchen außerparlamentarischen Bewegungen und Aktivitäten
880 beteiligen, die mit unseren im Erfurter Programm benannten Zielen und Grundwerten vereinbar sind. Diese
881 sind vor allem also der Kampf für eine Gesellschaft, in der kein Mensch in Armut leben muss, in der alle
882 Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Ver-
883 hältnisse demokratisch gestalten können. Die Überwindung gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen Men-
884 schen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden und in denen ihre sozialen und natürlichen Lebens-
885 grundlagen zerstört werden. Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch
886 sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität. Überwindung
887 der Dominanz des Profits und die Schaffung verlässlicher und gute Lebensbedingungen als das Ziel des Wirt-
888 schaftens sowie Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung und den Erhalt der Natur.
889 Für Verhältnisse, in denen die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.
890 Auch künftig werden wir aktiven Widerstand gegen Menschenfeindlichkeit, Kriegsverherrlichung, Rassismus,
891 Antisemitismus und Islamfeindlichkeit oder jegliche andere Formen von extrem rechtem Denken und Han-
892 deln leisten.

893 DIE LINKE Sachsens muss sich in Zukunft wieder wesentlich stärker außerparlamentarisch verankern. Dabei
894 muss sie Defizite und Versäumnisse der letzten Jahre, die nicht zuletzt zu sinkenden Wahlergebnissen ge-
895 führt haben, weiter gründlich analysieren. Nur selbstkritische Einsichten und Schlussfolgerungen können das
896 unerlässliche strategische Umsteuern bewirken. Dabei kann unter Beachtung heutiger und künftiger Heraus-
897 forderungen an bereits früher gewonnene vielfältige Erfahrungen, die in den letzten Jahren leider viel zu we-
898 nig Beachtung fanden, angeknüpft werden.

899

900 Wenn DIE LINKE gesellschaftliche Veränderungen erreichen will, wird dies allein über parlamentarische
901 Initiativen wohl nicht gelingen. Vielmehr muss es außerparlamentarischen Druck geben, der die Interessen
902 relevanter Bevölkerungsgruppen artikuliert. Insofern muss DIE LINKE unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit
903 zum immanenten Bestandteil außerparlamentarischer Bewegungen werden, ohne daraus einen Führungsan-
904 spruch abzuleiten. Erst dies ermöglicht es ihr, entsprechende Initiativen in die Parlamente zu tragen, um dort
905 glaubhaft um Mehrheiten ringen zu können. Deshalb ist für DIE LINKE das Außerparlamentarische das Ent-
906 scheidende im Wechselspiel mit dem Parlamentarischen.

907

908 ~~Selbstverständlich wird DIE LINKE sich nur an solchen außerparlamentarischen Bewegungen und Aktivitäten~~
909 ~~beteiligen, die sich mit ihren Grundwerten, wie Friedenssicherung, soziale Gerechtigkeit, gleiche Bildungs-~~
910 ~~chancen für alle oder umfassende demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten vereinbaren. Hingegen werden~~
911 ~~wir auch künftig aktiven Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit, Kriegsverherrlichung, Rassismus oder~~
912 ~~jegliche andere Formen von Rechtsextremismus und Neofaschismus leisten.~~ (Dopplung Zeile 879)

913

914 DIE LINKE setzt sich weiterhin vor allem für die Interessen der Lohnabhängig Beschäftigten sowie der Be-
915 nachteiligten, Ausgegrenzten und Diskriminierten aller Generationen ein. Dies sind mit weitem Abstand die
916 meisten Menschen in diesem Land! Nur in diesem Sinne begreifen wir uns als eine Volkspartei und eben
917 nicht im herkömmlichen Sinne mit vermeintlichem Anspruch der Interessenvertretung aller Bevölkerungs-
918 schichten und dem Bestreben, in die politische Mitte der Gesellschaft rücken zu wollen. Weil wir aber eben
919 nicht am Rande der Gesellschaft stehen, sondern die Interessen so vieler gesellschaftlicher Gruppen, die
920 insgesamt die Mehrheit der Bevölkerung bilden, weil wir die Ausweitung der demokratischen Beteiligungs-
921 rechte durch Volks- und BürgerInnenentscheide betreiben, können wir in Anspruch nehmen, die Partei für
922 die Mehrheit der Menschen im Land zu sein. Als demokratisch-sozialistische Partei ist dies eine unserer
923 wichtigsten Aufgaben. Da DIE LINKE allein nicht in der Lage ist, die notwendigen Veränderungen im Sinne
924 eines wirklichen Politikwechsels in Sachsen zu bewirken, bedarf es einer konstruktiven und zugleich diffe-
925 renzierten Bündnispolitik, die sich bewusst auf die außerparlamentarische Arbeit konzentriert. Im Verhältnis
926 zu anderen Parteien, zu denen es am ehesten programmatische Schnittmengen gibt, betonen wir unser ei-
927 genes politischen Profils und das Stärken unserer gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten. Im Kampf gegen
928 Diskriminierung und erstarkendes menschenfeindliches Denken und Handeln, im Kampf um die Verteidigung
929 der Demokratie, im Kampf um die Rechte der ArbeitnehmerInnen und in ähnlichen gesellschaftlichen Ausei-
930 nandersetzungen suchen wir selbstverständlich auch das Bündnis auch mit diesen Parteien. Wir streben eine
931 Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskriti-
932 schen Initiativen, sozialen Bewegungen, mit Zusammenschlüssen gegen Neofaschismus, Rassismus, Anti-
933 semitismus und Islamfeindlichkeit an und wollen mit allen zusammenwirken, die sich für soziale Gerechtig-
934 keit, für bessere Bildung, Emanzipation und mehr Demokratie, Frieden und für den Erhalt der Natur einsetzen,
935 ohne dass wir deren Positionen vollständig übernehmen müssten.

936

Zur Abstimmung auf dem Landesparteitag ff. Einfügung / Ergänzung:

Insbesondere das Prinzip der Sozialpartnerschaft, zu dem sich der DGB und die dem DGB angehörenden Gewerkschaften bekennen, wird von der LINKEN. Sachsen abgelehnt. Unter diesem Etikett werden die

Klassenverhältnisse verschleiert, die objektiven Interessengegensätze zwischen ArbeiterInnenklasse und Bourgeoisie werden durch Konsenspolitik vermeintlich gelöst und offene Konflikte eingedämmt. Die Sozialpartnerschaft hemmt die Klassenauseinandersetzungen, die zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung notwendig sind. Die Mitglieder der LINKEN Sachsen, die in Gewerkschaften aktiv sind, wirken langfristig daran, dass gewerkschaftliche Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft zu beenden.

937
938

Alternativabstimmung auf dem Landesparteitag als Ergänzungsanträge:

939
940
941

a) ~~„Insbesondere das Prinzip der Sozialpartnerschaft, zu dem sich der DGB und die dem DGB angehörenden Einzelgewerkschaften bekennen, wird von der LINKEN Sachsen abgelehnt.“~~

942
943
944
945
946

b) ~~„Unter diesem Etikett werden die Klassenverhältnisse verschleiert, die objektiven Interessengegensätze zwischen ArbeiterInnenklasse und Bourgeoisie werden durch Konsenspolitik vermeintlich gelöst und offene Konflikte eingedämmt. Die Sozialpartnerschaft hemmt die Klassenauseinandersetzungen, die zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung notwendig sind.“~~

947
948

c) ~~„Die Mitglieder der LINKEN Sachsen, die in Gewerkschaften aktiv sind, wirken in diesen langfristig daran, das gewerkschaftliche Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft zu beenden.“~~

949

950

Die Gewerkschaften sind die wichtigsten Interessenvertreter der lohnabhängig Beschäftigten und verdienen unsere grundsätzliche Solidarität ebenso wie die unter oftmals schwierigen Bedingungen kämpfenden Initiativen und sozialen Bewegungen, die sich für die Interessen der an den Rand gedrängten Menschen einsetzen. Deshalb sollten unsere Mitglieder dort verankert sein und durch ihr aktives Mitwirken linke Positionen dort vertreten, ebenso aber auch durch dieses Wirken die Positionen unserer Partei weiterentwickeln. Vor allem unseren Abgeordneten und Funktionsträger empfehlen wir, einer Gewerkschaft und den benannten Initiativen und sozialen Bewegungen anzugehören und dort aktiv mitwirken. Das schafft Vertrauen und zugleich die Möglichkeit zur Gewinnung von Mitgliedern und Sympathisanten für DIE LINKE.

958

959

Darüber hinaus muss es uns darum gehen, unsere Präsenz Sozialverbänden und -vereinen auszubauen und dort unsere Inhalte zu vertreten und weiterhin für die Übernahme von Funktionen zur Verfügung zu stehen. Gleiches gilt für Zusammenschlüsse im Sport-, Kultur-, Bildungs- oder Umweltbereich. Insbesondere vor Ort dürfen wir das Feld nicht länger der CDU überlassen, die bekanntlich selbst in Initiativen, die eigentlich nicht ihren politischen Grundsätzen entsprechen, Funktionen ausübt.

964

965

7. Abschluss

966

Von Gesellschaft, von Menschen, von ArbeitnehmerInnen wird immer wieder erwartet, dass sie sich verändern und an die Bedingungen im Hier und Jetzt anpassen. Nun muss man das nicht immer gut finden, aber es ist der Lauf der Zeit. Für uns als LINKE in Sachsen bedeutet das, kritisch zu hinterfragen, inwiefern wir uns an die Gegebenheiten anpassen. Hier kann man der Auffassung sein, dass gerade von uns erwartet wird, dass wir uns nicht „verbiegen“. Wir müssen uns auch allerdings nicht verbiegen, nur weil wir mit der Zeit gehen. Denn es ist Bestandteil unserer Programmatik, unserer Grundansichten, dass Gesellschaft sich verändert - und dass wir uns selbst verändert. Im Erfurter Programm bezeichnen wir uns deshalb als „lernende Partei“.

973

974 Wir wollen eine andere Politik. Das bedeutet auch, dass wir innerparteilich anders sein müssen, als andere
975 Parteien. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, ob wir unsere gesellschaftlichen Veränderungsforderungen,
976 die wir richtigerweise aufmachen, auch innerparteilich leben. Wir haben keine Angst vor mehr direkter De-
977 mokratie – diese sollten wir auch in den eigenen Reihen leben. Wir haben keine Angst vor der Digitalisierung
978 der Gesellschaft, wenngleich wir davor warnen, welche Auswirkungen sie hat und dass Politik derzeit keine
979 Antworten auf selbige bietet. Die Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft auch mehr für das innerparteiliche
980 Leben zu nutzen ist notwendig und muss auch nicht gleichbedeutend damit sein, dass wir den älteren Teil
981 der Mitgliedschaft abhängen. Im Gegenteil, unsere Partei ist das beste Testfeld, klassische Methoden der
982 Mitbestimmung mit modernen zu verbinden – ohne dabei das eine gegen das andere auszuspielen.
983 Weiterhin müssen wir als Partei der Zukunft auch damit beginnen, dass wir die Sprache der Zukunft spre-
984 chen. Viel zu oft haben wir innerparteilich die Erwartungen, dass Schlüsselbegrifflichkeiten aus dem politi-
985 schen Raum auch in öffentlichen Texten fallen. Die Reaktion der Menschen auf Politiksprech ist allerdings
986 abweisend. Vielmehr sollten wir hinterfragen und leben, was moderne Politik für uns bedeutet. Auch die
987 Frage von Hierarchien ist hierbei zu stellen. Gibt es Politik als Obrigkeit noch bzw. wird sie als solche noch
988 akzeptiert? Sollte sie als solche verstanden werden? Welche Wege gibt es, Augenhöhe für alle Menschen im
989 Lande mit Berufspolitik herzustellen?

990 Wenn die These stimmt, dass gerade Jüngere nicht wählen gehen, sich für Politik weniger interessieren und
991 falls doch, dann zu einen hohen Prozentsatz sogenannte nichtetablierte Parteien wählen, dann müssen wir
992 darauf auch in Stil und Methode reagieren. Warum nicht wieder den Fokus darauf legen, dass Politik ein
993 sinnvolles Hobby, eine spannende Freizeitbeschäftigung ist, statt in den Kanon der CDU mit einzustimmen,
994 wie schwierig doch das politische Geschäft sei? Warum nicht Wege finden, in denen auch Meinungen und
995 Erreichtes aus Nichtgremien Gehör findet bzw. gewürdigt wird? Warum nicht auch all jenen Beteiligungsräu-
996 me anbieten, denen Gremienarbeit zu staubtrocken ist? Warum dabei nicht auch die Rolle von Gremien und
997 Ämtern hinterfragen und sie zu Anlaufstellen und Ermöglichern hin entwickeln? Warum nicht auch Querein-
998 steigerInnen eine Chance geben, statt die Anforderung des Hochdienens zu haben?

999

1000 Unsere größte Hürde dabei ist, dass wir das Eine gegen das Andere stellen. Wir brauchen aber mit Blick auf
1001 Zustand und Entwicklung unserer Partei den Mut zu Beidem. DIE LINKE. Sachsen sollte den Anspruch haben,
1002 Partei für Alle zu sein.

1003

1004 Strukturell haben wir neben den innerparteilichen Fragen der Methoden auch die dringende Aufgabe, den
1005 ländlichen Raum nicht aufzugeben bzw. zu verlieren. Neben dem Fakt, dass wir zu Wahlen auf die Stimmen
1006 im ländlichen Raum angewiesen sind und hier wieder Land gewinnen müssen – zwischen CDU – Hochburgen
1007 und einer Tendenz der Bildung von Wählerinitiativen, müssen wir für den ländlichen Raum vor allem inhaltli-
1008 che Lösungen finden. Aber auch parteistrukturale Lösungen. Derzeit haben wir in den Städten Leipzig,
1009 Dresden und teilweise Chemnitz Zulauf von Jüngeren und auch perspektivisch gefestigte Parteistrukturen.
1010 Zusätzlich gibt es mit den professionellen Stadtratsfraktionen, Stiftungsstandorten, politischen Veranstal-
1011 tungen viele inhaltliche Angebote.

1012 Im ländlichen Raum sind die Abgeordnetenbüros oder Parteibüros oft die einzigen Anlaufstellen und politi-
1013 sche Angebote sind kaum vorhanden. Hier entsteht ein politisches und strukturelles Ungleichgewicht, wel-

1014 ches dadurch verschärft wird, dass der Altersdurchschnitt der Parteimitglieder im ländlichen Raum höher ist
1015 als in den Städten. Für die Zukunft bedarf es also Konzepte, welche Partei im ländlichen Raum erlebbar
1016 macht mit politischen Angeboten für die Regionen. Derzeit sind die politischen Inhalte, die wir als LINKE
1017 diskutieren oftmals auf Städte gerichtet und im ländlichen Raum nicht andockfähig. Während in Städten z.B.
1018 über Konzepte des fahrscheinlosen ÖPNV diskutiert wird, geht es im ländlichen Raum darum, dass über-
1019 haupt Busse fahren und gesellschaftliches Leben möglich ist. Während es in den Städten gelingt, Angebote
1020 neben Ortsverbandstreffen zu gestalten, welche für Jüngere Anlaufpunkte sind, gelingt es in den Flächen-
1021 kreisen nur mit viel Mühe und punktuell solche Anlaufpunkte dauerhaft anzubieten. Ähnlich verhält es sich
1022 mit offenen Bürostrukturen, welche in Großstädten funktionieren, im ländlichen Raum allerdings vollkommen
1023 anderes aufgebaut werden müssen. Um eine Partei für ganz Sachsen sein zu können, brauchen wir die Er-
1024 fahrungen aus dem ländlichen Raum, brauchen wir die inhaltliche Debatte zu Perspektiven für die Landkrei-
1025 se. Hier muss die Gesamtpartei Verantwortung übernehmen – inhaltlich und finanziell.

1026

1027 Von uns als Partei wird erwartet, dass wir mutige Forderungen formulieren und gegen den gesellschaftlichen
1028 Mainstream bürsten. Viel zu oft lassen wir uns von bevorstehenden Wahlterminen davon abhalten, genau
1029 das zu machen. Wir brauchen wieder mehr Mut zur Vision und mehr Mut zur umstrittenen Forderung.

1030

1031 Es geht bei allem, was wir tun, wie wir uns strukturieren, wie wir diskutieren, um Glaubwürdigkeit. Man muss
1032 uns abnehmen, dass wir anders sind – mit aller Konsequenz.

Vorschlag Einfügung:

- 1 . DIE LINKE. Sachsen als sozialistische Partei strebt nach der individuellen Entfaltung eines jeden Menschen frei von Gewalt, Zwängen und Abhängigkeiten.
- 2 . Die Rahmenbedingungen für diese Freiheit werden durch das Soziale geschaffen. Deshalb bilden soziale Sicherheit und Solidarität das Leitmotiv der Politik der LINKEN Sachsen auch für die kommenden Jahre.
- 3 . Ausgehend davon sind Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit Orientierungsmarken für die zukunftsorientierte Politik der sächsischen LINKEN.
- 4 . DIE LINKE. Sachsen unterstützt auf allen Ebenen die vom Bundesparteitag beschlossene Kampagne „Das muss drin sein!“ entsprechend der regionalen Gegebenheiten.
- 5 . DIE LINKE. Sachsen baut auf allen Ebenen die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur und der parteipolitischen Linken aus.
- 6 . DIE LINKE. Sachsen tritt offensiv auf gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung, gegen Rassismus, Ausgrenzung und jegliche gruppenbezogene Diskriminierung und unterstützt entsprechende Initiativen und Bündnisse und distanziert sich unmissverständlich von Aktivitäten von Rechtspopulisten, Nationalisten, Verschwörungstheoretikern und Antisemiten.
- 7 . DIE LINKE. Sachsen setzt einen Schwerpunkt der politischen Arbeit auf die Entwicklung linker Strategien, Politikansätze und Handlungsmöglichkeiten für den ländlichen Raum bzw. für kleine und mittelgroße Städte.

8 . DIE LINKE. Sachsen diskutiert offensiv die sich aus der weiter fortschreitenden Veränderung der Mitgliederstruktur unserer Partei ergebenden Konsequenzen und erarbeitet solidarische Konzepte, um auf diese Veränderungen angemessen zu reagieren.